Posener Zeitung.

№ 174. Sonnabend den 29. Juli. 1848.

Bekanntmachung.

Der Unterricht im hiesigen Königlichen Marien-Gymnasium wird Donnerstag den 3. August wieder beginnen. Indem wir dieses zur Kenntniß den betreffenden Eltern und Vormündern bringen, bemerken wir zugleich, daß das Schuljahr dieses Mal ausnahmsweise erst Ende Oktober schließen wird.

Posen, den 28. Juli 1848. Königliches Provinzial-Schul-Collegium
v. Beurmann.

Inland.

Berlin, den 27. Juli. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Garnison-Stabsarzte a. D., Dr. Jahn zu Minden, und dem Professor der Medizin, Dr. Speranza zu Pavia, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse; so wie dem Privat-Baumeister Mertz zu St. Johann, im Kreise Saarbrücken, und dem Unteroffizier Mathies des 18ten Infanterie-Regiments die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

— Des Königs Majestät haben vorgestern in Sanssouci den Kriegs-Minister, Freiherrn von Schreckenstein, empfangen und mit demselben gearbeitet.

Se. Erzbischöfliche Gnaden der Erzbischof von Köln, von Geissel, ist von Köln und Se. Excellenz der Wirkliche Geheime Rath Graf von Dönhoff, von Frankfurt a. M. hier angekommen.

---

† **Krotoschin**, den 25. Juli. Vor einigen Tagen sind die reglementsmäßig ausgeschiedenen 6 Stadtverordneten und 5 Stellvertreter durch neu gewählte ersetzt worden. Die Wahl ist sämmtlich auf Deutsche gefallen, ungeachtet die Deutsche Bevölkerung, wie gewöhnlich, zur Hälfte zu Hause geblieben, die Polnische dagegen vollständig versammelt war. Dieses numerische Verhältniß spricht entscheidend für das sehr bedeutende Uebergewicht des Deutschen Elements in unserer Stadt.

§ **Berlin**, den 27. Juli. Die künftig auszufertigenden 5%tigen Verbriefungen über die freiwillige Staatsanleihe, werden dem Vernehmen nach au porteur lauten, und, durch 10 theilbare Beträge, enthalten. Beiträge, unter 10 Thalern, dürften, hiernach, unverzinslich sein.

Berlin, den 27. Juli. (Sp.-Ztg.) Die Stellung, welche die Preußische Regierung dem Auftreten und den Bestrebungen der Frankfurter Versammlung gegenüber einnimmt, muß so sehr bestimmend auf die ganze Gestaltung der Deutschen Verhältnisse einwirken, daß es zur Pflicht wird, die leisesten Anhaltpunkte für eine Beurtheilung dieser Stellung scharf in das Auge zu fassen. Wir können es uns in dieser Beziehung nicht verschweigen, daß ein nicht unbedeutender Theil des Volks einen tiefen Groll hegt gegen das, als Anmaßung betrachtete, Verhalten der Frankfurter Versammlung, einen Groll, welcher besonders auch dadurch seine Nahrung erhält, daß man gerade dieselben Männer, welche die Stimmführer der s. g. demokratischen und republikanischen Bestrebungen sind, auch als die hauptsächlichsten Fürsprecher der unbedingten Unterordnung Preußens unter die Deutsche Centralgewalt auftreten sieht, gleich als redeten diese Männer nur Allem das Wort, was eine Schwächung der Regierung zur Folge hat! Wenn diese vielfach vorherrschende Stimmung im Lande sich dadurch zu bekunden anfängt, daß man Proteste und Addressen verbreitet, welche die Regierung auffordern, sich keines ihrer Rechte von Frankfurt aus schmälern und kränken zu lassen, so scheint allerdings auch die Regierung selbst immer klarer und bestimmter in dem Entschluß zu werden, eine selbstbewußte imponirende Stellung den Bestrebungen der Frankfurter Versammlung gegenüber einzunehmen. Die Anwesenheit der Herren v. Beckerath und v. Bardeleben, die seit drei Tagen hier verweilen, soll mit diesen Verhältnissen zusammenhängen, und wenn die Einen sagen, es seien die genannten beiden Männer aus Frankfurt hieher geschickt, um eine Verständigung anzubahnen, so heißt es doch andererseits, es wolle sich die Regierung durch diese selbstthätigen Zeugen der Frankfurter Versammlung hinreichend unterrichten, um dann fest und entschieden aufzutreten. Wir wollen schließlich auch nicht unerwähnt lassen, daß, dem Vernehmen nach, in der nächsten Sitzung der hiesigen National-Versammlung von einem Mitgliede der rechten Seite, vor der Tagesordnung eine dringende Interpellation an das Staatsministerium wird gerichtet werden, dahin lautend, welche Maßregeln die Regierung zu ergreifen gedenke, um die Selbständigkeit Preußens innerhalb des einigen Deutschlands zu sichern? Glauben wir auch nicht, daß die Minister in der Lage sein werden, auf diese Frage, welche sich ja auf ein ganzes System von Maßregeln bezieht, ausführlich zu antworten, so hoffen wir doch, einige beruhigende Zusicherungen bei dieser Gelegenheit zu erhalten.

— Gestern Morgen empfing der Handels-Minister Milde eine Deputation der Seidenfabrikanten, bestehend aus den Herren Meubrinck, Baudouin und Meyer, welche eine Erhöhung des Zolles auf französische Seidenwaaren, als Repressalie gegen die von der französischen Regierung ergriffenen, den Seidenhandel betreffenden, Maßregeln beantragte. Der Minister erklärte der Deputation, daß in dieser Beziehung von seiner Seite bereits Schritte gethan seien.

— Nachdem Hr. v. Kirchmann die Vicepräsidentenstelle bei dem Oberlandesgericht in Ratibor angenommen und auch Hr. Temme sich dahin erklärt hat, daß er die ihm verliehene Stelle eines Direktors bei dem Oberlandesgericht in Münster annehmen wolle, hat diese so vielfach besprochene Angelegenheit endlich ihre Erledigung gefunden. Von der Anstellung zweier neuen Staatsanwalte wird man übrigens wohl vorläufig abstrahiren, da bei der beabsichtigten Aufhebung des eximirten Gerichtsstandes in Criminal- und fiskalischen Untersuchungen eine Vereinigung der Staatsanwaltschaft des Kammergerichts mit der des hiesigen Criminalgerichts zu erwarten steht, und für diesen Fall die jetzt fungirenden Staatsanwälte Sethe, Neumann und Friedberg mit ihren Gehülfen vollkommen ausreichen dürften.

Frankfurt den 22. Juni. Der Beschluß des Gewerbe-Kongresses, welcher den Gesellen die Theilnahme an den Verhandlungen abschnitt, ist durch die heutige Verhandlung wieder aufgehoben. Die Gesellen ließen durch Mauer-Anschläge verkünden, daß sie sich zu einem Gesellen-Kongresse constituiren würden. Die Einleitungen zu einem solchen waren schon getroffen; 8—10 Gesellen-Deputirte, von denen zwei den Verhandlungen des Gewerbe-Kongresses bereits beigewohnt, stellten sich an die Spitze. Mehrere Deputirte der National-Versammlung hatten den Gesellen ihre Unterstützung zugesagt, sie waren in ihrem Rechte. Da besannen sich denn die Gegner und ließen sich heute auf einen Antrag um Zulassung der Gesellen zum Gewerbe-Kongresse ein. Nach langen Debatten ward beschlossen: eine eigene Kommission zum Entwurfe und zur Entgegennahme von Anträgen der Gesellen einzusetzen und bis zu 10 Gesellen-Deputirten in dieser Kommission Sitz und Stimme, in den Plenar-Sitzungen des Gewerbe-Kongresses aber denselben bloß eine mitberathende Theilnahme einzuräumen. (D. Z.)

Frankfurt den 23 Juli. (**Der innere Dienst der Reichsministerien.**) Die Frankf. O.-P.-A. enthält in ihrem amtlichen Theil Folgendes: „Eine der nächsten Aufgaben des Ministeriums war die Regulirung des inneren Dienstes; Ihre Lösung war nicht ohne Schwierigkeiten, da das gesammte Dienstpersonal zu wählen und der Geschäftsbetrieb zu ordnen war. Dies ist bereits geschehen und der Dienst im geregelten Gange. Das Ministerium hat dabei die möglichste Vereinfachung der Geschäfte eingeführt und wird überflüssigen büreaukratischen Beigaben nie Raum gestatten. Es sind auch alle Vorbereitungen getroffen, daß, wenn das Ministerium, wie in kurzer Zeit zu erwarten ist, vervollständigt sein wird, die für dasselbe nöthigen Lokalitäten und Arbeitskräfte vorhanden sind und seine Thätigkeit in allen Richtungen beginnen kann.

Frankfurt a. M., den 24. Juli. (Frkf. J.) In der heutigen 46sten Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung erklärte der Reichs-Minister von Schmerling, daß mit Dänemark kein anderer Waffenstillstand geschlossen werde, als solcher mit der Ehre Deutschlands verträglich sei, und daß bereits Vorkehrung getroffen, um nöthigenfalls den Krieg mit verstärkten Streitkräften nachdrücklich zu Ende zu führen. An die Sardinische Regierung sei eine neue energische Note wegen gänzlicher Aufhebung der Blokade von Triest ergangen. Auf der Tagesordnung steht die Posensche Frage.

† **Frankfurt**, Montag den 24. Juli Nachmittags 3 Uhr. Vor wenigen Minuten ist die erste Sitzung geschlossen worden, in der die Verhandlung der Posener Frage endlich ihren Anfang genommen hat, welche seit Freitag auf der Tagesordnung stand. Ich beeile mich meinen Mitbürgern, so weit es die Zeit gestattet, einen Ueberblick der Diskussion und den Hauptinhalt der gehaltenen Reden zu geben.

Gegen 10 Uhr verkündigt der Präsident, nachdem mehre Vorlagen beseitigt worden, daß man zur Tagesordnung übergehen könne. Tiefe Stille trat ein.

Präsident: Bevor wir zur Verhandlung schreiten, will ich ein Schreiben vorlesen lassen, welches vorgestern in meine Hände gelangt ist und Bezug auf die vorliegende Frage hat.

Einer der Sekretaire verliest die **Petition der in Berlin anwesenden polnischen Abgeordneten aus dem Großherzogthum Posen.** Dieselben bitten: die hohe National-Versammlung möge die Gerechtigkeit, welche die Fürsten im Jahre 1815 den Polen angedeihen ließen, nicht verletzen und eine Theilung Posens nicht begünstigen, deren Beabsichtigung der Hauptgrund zum Bürgerkrieg in Posen gewesen sei. Die National-Versammlung habe keine sichern Vor- und Grundlagen zur Beurtheilung der Frage, daher erwarten die Petenten, daß auch die National-Versammlung nicht weiter vorgehe. — Sie seien berechtigt und verpflichtet, sich feierlichst dagegen zu verwahren, daß irgend Jemand außer der Bevölkerung des Großherzogthums das Recht zustehe, die Sache desselben zur Entscheidung zu bringen.

Präsident: Ich beginne nun die Verhandlung damit, daß ich die Anträge und Amendements zum Commissions-Bericht verlesen lasse. Es sind 12 Amendements angemeldet. Einer der Sekretaire verliest sie. Sie rühren größten Theils von der Linken her und lauten dem Inhalt nach, wie folgt:

1) Die hohe National-Versammlung möge den völkerrechtlichen Ausschuß veranlassen, nach vorheriger Berathung über das letzte Promemoria der Polen seine fernere Aeußerung über die Sachlage abzugeben.
2) Die Centralgewalt ist aufzufordern, das Sachverhältniß zu untersuchen und einen neuen Bericht zu veranlassen.
3) Die hohe National-Versammlung möge über den Bericht des Ausschusses zur motivirten Tagesordnung übergehen, vorher aber eine Kommission zur definitiven Regulirung an Ort und Stelle ernennen. Der Bericht sei ungegründet und unzulänglich. Die Preußische Regierung hatte zu ihrem bisher befolgtem Verfahren kein Recht.
4) Die Zahl der Posener Abgeordneten sei auf 8 zu beschränken, sodann zur Tagesordnung überzugehen, nachdem dem völkerrechtlichen Ausschuß ein neuer Bericht aufgegeben, damit das deutsche Volk keinen neuen Verrath begehe. (Antragsteller Professor Chlubek aus Gratz in der Steiermark.)
5) Die Reorganisation sei unausführbar, der status quo wieder herzustellen.
6) Die Einverleibung sei als nicht geschehen zu betrachten, die Wahlen ungültig zu erklären, das Großherzogthum habe eine Provinzial-Versammlung zu berufen, um die Verbindung mit Deutschland zu beschließen Posen behalte eine deutsche Besatzung.
7) Die überwiegend deutschen Theile werden in den deutschen Bund aufgenommen, die Feststellung der Grenzen bleibt vorbehalten. Die 12 Abgeordneten bleiben vorläufig in der National-Versammlung.
8) Die Regierung Preußens und Oesterreichs werden aufgefordert, eine polnische Nationalität herzustellen. (Reh.)
9) Die Anträge des Ausschusses ad 1. und 2. werden angenommen, über 3. und 4. wird zur Tagesordnung übergegangen.
10) Den polnischen Theilen werde der Schutz der Nationalität unter allen Umständen garantirt.

11) 1., 2. und 3. der Ausschußanträge anzunehmen, über 4 zur Tagesordnung überzugehen.
12) Die Theilung Polens für ein Unrecht und es für heilige Pflicht zu erklären, zur Wiederherstellung dieses Landes mitzuwirken.

Am Schlusse wird von Ruge, Wesendonk, Trütschler und Konsorten ein neuer Antrag eingereicht. Die Einverleibung vorläufig von keinem Theile auszusprechen, die Abgeordneten nicht zuzulassen, die Centralgewalt zu veranlassen, einen Kongreß zur Wiederherstellung Polens zu berufen.

Ruge erhält zuerst das Wort und stellt den Antrag: Die Versammlung möge beschließen, daß die 12 Abgeordneten Posens bei der vorliegenden Verhandlung weder mitsprechen noch mitstimmen.

Lichnowski spricht dagegen; eben so Kerst, welcher zugleich erklärt, daß Ruge seinen Antrag nicht im Sinne seiner Mandanten gestellt. Wegen dieser Aeußerung wird er zur Ordnung gerufen.

Reh spricht für den Rugeschen Antrag, Sommaruga dagegen erklärt, daß die Posener Abgeordneten, da sie ein nationales Interesse verträten und allein vollgültigen Aufschluß über die Volksstimmung in Posen geben, so wie den Willen ihrer Mandanten aussprechen könnten, nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet seien, von der Tribüne zur National-Versammlung zu reden.

Nachdem noch Schaffrath für den Rugeschen Antrag gesprochen, schließt der Präsident die Diskussion hierüber.

Man schreitet zur Fragstellung über die sich wiederum eine lebhafte Debatte erhebt. Die Frage wird in 2 Theile getrennt: 1) ob die Posener Deputirten an den Verhandlungen theilnehmen, und 2) ob sie mitstimmen dürfen. Blathner, Lichnowski, Mohl, Lette ergreifen das Wort im günstigen Sinne für die Posener Deputirten, Ruge 3 oder 4 Mal im widrigen, ebenso Vogt. Endlich kommt es zur wirklichen Fragestellung.

Präsident: Will die National-Versammlung, daß die posener Abgeordneten an den Verhandlungen über die staatsrechtliche mit ihrer Legitimation verbundenen Frage Theil nehmen?

Eine **große** Majorität erklärt sich dafür.

Der Präsident ist im Begriff bezüglich der Abstimmung dieselbe Frage zu stellen, als mehrere posener Deputirte an der Tribüne erscheinen und Kerst im Namen aller seiner posener Kollegen die Erklärung abgiebt, daß diese Deputirten sich des Abstimmens enthalten werden. (Beifall.) Die Versammlung fährt jedoch in der Abstimmung über die Frage fort, verneint den 2. Theil jedoch mit 243 gegen 183 Stimmen. Hierauf werden die angemeldeten Redner verlesen. Für: Goeden, Jordan, Kerst, Wartensleben, Radowitz, Ostendorf, Loew, Lichnowski, Sänger, Plathner, Wydenbrugk, Giskra, Löwe (v. Calbe), Arndt, Schubert, v. Raumer, Nerreter, Bassermann, Stavenhagen, Möring, Osterrath, Hartmann, Treskow, Schulz, Viebig und Andere. Gegen: Senft, Suchau, Blum, Vogt, Schuselka, Janiszewski, Clemens, Schmidt, Schlöffel, Wiesner, Thinnes, Nanwerk, Venedey, Ruge, Beisler, Chlubek, Hoffmann. (Es sollen über 100 sein.)

Nach dieser Verlesung wird dem Präsidenten noch ein Antrag übergeben, unterzeichnet von Blum, Wiesner, Ruge und Consorten und dahin lautend: Es möge die hohe Versammlung bei dieser hochwichtigen Frage nicht rascher als einst die Diplomaten verfahren, und es möge bei der Berathung der Einverleibung keinem zum Reden berechtigten Mitgliede durch schnellen Schluß das Wort entzogen werden.

Der Berichterstatter Stenzel erhält zuerst das Wort um in einer kurzen Einleitung den Hauptpunkt der Sache zu berühren. Meine Herren! Der Bericht welcher Ihnen vorliegt ist von keinem Diplomaten, auch von keinem Advokaten, sondern von einem Manne verfaßt, dessen Leben der Erforschung der geschichtlichen Wahrheit geweiht war. Ist ihm Etwas entgangen, so geschah es unfreiwillig. Seine Anträge sind keine Festungen — nur leichte Feldschanzen, aber ein gutes Gewissen ist ihr Vertheidiger. — Die Leidenschaften, welche so zu sagen zwischen Himmel und Hölle aufgeregt wurden, haben die Sache verdunkelt, Mäßigung war das Hauptgesetz bei der Behandlung der Frage. Der Berichterstatter hatte stets vor Augen daß die Erinnerung an die Entscheidung in der Geschichte bestehen werde, wenn das Gedächtniß an alle einzelnen Männer der Versammlung längst dahin sein wird. Die Ehre der Nationalversammlung war seine Richtschnur.

Auch er habe Sympathien für die unglücklichen Polen, er habe für ihre Freiheit geglüht mit jugendlichem Feuer, allein die Sympathie, welche sich Deutschlands bemächtigt hatte, fand wesentlich in denen ihren Stützpunkt, die die polnische Geschichte nicht kennen. „Meine Worte," so fährt er fort, „werden einschneiden, aber sie sind wahr. Polen als Nation zerfällt seit Jahrhunderten gleichsam in sich in zwei Abtheilungen. Das was wir als Polen kennen ist durch und durch Adel, und was wir kaum kennen, ist der andere Theil, zertreten und verkümmert durch des Adels Schuld. — Mit der Allmacht dieses Adels riß in Polen die königliche Macht, riß der Schutz der Bauern, den jene mit der Geistlichkeit theilte. Auf dem Grabe Kasimir des Großen, welches die Bauern mit Thränen benetzten, endete ihr Recht. Von 1601 bis 1768 ist kein Gesetz zum Schutz der Bauern ergangen, erst 1768 wurde dem Adel das Recht über Leben und Tod der Bauern de jure entzogen, factisch blieben alle Vortheile in seinen Händen." Der Redner geht hierauf zu den anarchischen Zuständen Polens über, deutet darauf hin, wie unter 20,000,000 Polen 15 Millionen geknechtete Bauern und Städte gewesen, wie selbst über die letzten, die meist Deutsche bewohnten, das Elend hereingebrochen. Er weist auf diese 15 Millionen geknechtetes, herabgewürdigtes Volk mit den Worten: „das ist Polen." Hierauf kommt er an die Theilungen, auf die Constitution vom 3. Mai 1791 und weist nach, daß selbst nach derselben nur die Einwohner königlicher Städte, nicht der unter dem Adel stehender, freie Leute geworden und erblichen Besitz erlangt hätten. Die Bauern seien trotz der Versprechungen nie frei geworden, sondern Knechte im Frohndienste geblieben, daher auch der häufige Aufruhr im südlichen Polen, unter dem Namen der Kosackenkriege bekannt, wesentlich ein Bauernaufruhr gewesen. Die Bauern seien Leibeigene geblieben zur Zeit des Herzogthums Warschau trotz aller schönen Gleichstellungen, sie seien es selbst 1831 geblieben.

Hier macht der Präsident den Redner darauf aufmerksam, daß historische Kritik nicht am Orte sei, er wird jedoch durch den Ruf: „Reden lassen!" aus den Centren unterbrochen und bemerkt, daß er dem Redner das Wort nicht habe entziehen wollen, diese Bemerkung ihm aber erlaubt sei.

Der Berichterstatter kommt nun darauf, daß eine Verschmelzung der Stände unter den Polen schwer sei, weil das Mittel der Bürgerstand fehle. Den freien Bauern nun diesen Bürgerstand zu schaffen habe aber Preußen begonnen. „Unsere Aufgabe," so schließt Stenzel, „ist die Grundlage zu einem Polen zu legen, aber nicht zu einem Polen für den Adel, sondern für den Bauern. Wir haben Institutionen zu fördern und zu schützen, auf denen die Nationalität in neuer Weise ersteht, nichts Altes wieder herzustellen, was die Zeit vernichtet hat. Reichen Sie den Bauern die Hand, damit ein Polen erhalten werde!" (Beifall).

Hiernach erhält Dr. Göden aus Krotoschin das Wort, er wird wiederholt vom Beifall der Versammlung unterbrochen und schließt seine Rede mit den Worten: „sollte aber eine hohe Versammlung, was ich nicht glaube, den Beschluß fassen, uns einer fremden Nationalität preiszugeben, so werden wir mit der Spitze des Schwertes unser Deutschthum gegen Die zu vertheidigen wissen, welche wenigstens bisher noch den Beweis für ihre Befähigung zur nationalen Selbstständigkeit schuldig geblieben sind. Anhaltender Beifall folgt auf den Schluß dieser Rede, welche großen Eindruck gemacht hat und die ich hoffentlich noch vollständig beilegen werde.

Senft, welcher gegen den Commissionsbericht spricht und den Uebergang zur motivirten Tagesordnung beantragt, dringt nicht durch. Seine Stimme verliert sich in dem großen Raume.

Am Schlusse seiner Rede bemerkt der Präsident: der Redner hat sich unter diejenigen eintragen lassen, welche dagegen sprechen wollten und hat dafür gesprochen. Es tritt demnach eine andere Reihenfolge ein. Ich gebe dem Abgeordneten Blum das Wort. Rob. Blum: Wir, ein eben frei gewordenes Volk sind im Begriff über das Schicksal eines untergegangenen zu entscheiden. Es ziemt uns bei der Wichtigkeit der Frage die höchste Besonnenheit. Der Redner macht im Verlaufe darauf aufmerksam, daß man jetzt so sehr die Schattenseite der Polen hervorhebe, und dabei nicht bedenke, daß wir an den Lastern dieses Volkes mit Schuld sein, weil wir es geknechtet und getreten. Ein Mann, der nicht zu den Wühlern gehöre — ein großer Staatsmann sage, daß die an Polen begangene Schuld nicht blos auf denen laste, die sie begangen, sondern auch auf denen, die sie fortsetzten und daß kein Friede für Europa zu erwarten sei vor der Sühne dieses Verbrechens. Die Polen hätten zu verschiedenen Zeiten Versuche gemacht ihr Joch zu brechen, man habe sie nach den Umständen bald bewundert, bald geschmäht. Es läge hier entweder eine Territorialfrage oder eine Nationalitätsfrage vor. Je nach dem man sich entscheide. Der Ausschußbericht sei von der Art, daß er zu dieser Entscheidung keine, gar keine Unterlage böte. Er könne daher nur den Antrag stellen, den hoffentlich gründlichen Bericht der preußischen Commission in einer Sache abzuwarten, welche Preußen rasch zu entscheiden selbst Bedenken trage, und wolle dann noch, daß die Centralgewalt durch ihre Minister in der Versammlung ausspreche, was zu thun nothwendig sei. Er schließt mit den Worten Maria Theresias an Kaunitz bei einer Besprechung über den Plan der Theilung Polens.

Nach ihm tritt Jordan (aus Berlin von der Linken) auf, der durch eine $1\frac{1}{2}$stündige Rede die ganze Versammlung auf das höchste spannt und die Deutsche Sache mit einem Geschick vertheidigt, wie wir es uns nicht besser wünschen können. Er geht dabei auf eine höchst interessante Weise ins Einzelne ein und würdigt namentich das Verfahren der Preußischen Regieruug einer gerechten Anerkennung. Wegen des bevorstehenden Abgangs der Post ist eine umfangreichere Mittheilung nicht möglich; ich spare das Weitere auf Morgen.

Vogt der nach ihm spricht und zum Theil gegen uns auftritt macht verhältnißmäßig geringen Eindruck, er schließt sich dem Blumschen Antrag an.

Die Sitzung wird um 3 Uhr auf Morgen den 25. Juli vertagt. Dr. R. H.

Karlsruhe, den 20. Juli. Nach längerer Unterbrechung hat die zweite Kammer heute ihre Sitzungen fortgesetzt. Nach Anzeige des Präsidenten hat die erste Kammer den von der zweiten angenommenen Gesetzesentwurf über die wachsende Einkommensteuer mit 10 gegen 7 Stimmen verworfen; da aber bei diesem Finanzgesetz verfassungsgemäß die Stimmen beider Kammern zusammengezählt werden müssen, so ist solches als angenommen zu betrachten. Staatsrath Bekk theilt der Kammer die Frankfurter Beschlüsse über die Bildung der Bundescentralgewalt und die Wahl des Reichverwesers mit und bemerkt dabei, daß der Großherzog diese Beschlusse anerkannt und die Wahl des Erzherzogs Johann als Reichsverweser mit großer Freude begrüßt habe. Sämmtliche Mitglieder der Kammer gaben durch Zuruf ihre Beistimmung zu erkennen, die Abgeordneten Metz, Junghans und Itzstein jedoch unter Verwahrung der Machtvollkommenheit der Reichsversammlung. — Staatsrath Bekk legt sodann einen Gesetzentwurf, die neue Verwaltungsorganisation im volksthümlichsten Sinne betreffend vor. Den Rest der Sitzung füllen Wahlprüfungen, sodann die Berathung über das von der ersten Kammer herübergekommene Gesetz über die Ablösung der Weiderechte aus. Die Kammer beschließt die Ablösung im 15fachen Betrag, während die erste Kammer den 18fachen verlangt.

Speyer, den 10. Juli. (N. Münch. Ztg.) Hier ist folgende von der Königlichen Kreis-Regierung und dem General-Staats-Prokurator unterzeichnete Bekanntmachung erschienen: „Es liegen Anzeigen vor, daß auch in der Pfalz Versuche gemacht worden sind, Soldaten nicht allein zu Treuebruch und Fahnenflucht zu verleiten, sondern sie auch für eine Partei zu werben, welche die Einführung der Republik in Deutschland mittelst Waffengewalt schon einmal versucht und die Verwirklichung dieses Entschlusses dem Anscheine nach noch nicht aufgegeben hat, ohne vor den Gräueln eines Bürgerkrieges und allen den Kalamitäten zurückzubeben, wie sie ein Nachbarland zu beklagen hat. Die unterzeichneten Behörden finden sich hierdurch veranlaßt, die große Strafwürdigkeit eines solchen Treibens dadurch zu bezeichnen, daß sie die bezüglichen Strafbestimmungen nachstehend zur allgemeinen Kenntniß bringen. Soll nicht Anarchie einreißen, so muß die Herrschaft der Gesetze durch deren Beachtung und Vollziehung aufrecht erhalten werden. Möge der gesunde Sinn der Pfälzer erkennen, daß das proklamirte Associationsrecht nicht so weit geht, Anschläge oder Komplotte zu Verbrechen zu gestatten, und daß es ein Verbrechen wäre, wenn in Vereinen unter dem Schilde der vorgeschobenen Volks-Souverainetät auf Einführung der Republik hingearbeitet würde, nachdem auch die National-Versammlung die monarchisch-constitu-

tionelle Regierungsform proklamirt hat. Möge die Betrachtung allenthalben einleuchten, daß demokratische Wühlereien nicht dahin führen können, Ruhe, Ordnung und Vertrauen wieder hervorzurufen und mit ihnen den gesunkenen Kredit, so wie den Gewerbebetrieb, zu heben! Möge endlich allenthalben erkannt werden, daß den Volksrechten das Interesse der Gesammtheit der Staats-Angehörigen zum Grunde liegt, und daß sie daher nicht zu Parteizwecken gemißbraucht werden dürfen."

Neustadt a. d. Haardt, den 21. Jul. Die an die Heidelberger Studenten von Seiten des akademischen Curatoriums ergangene Aufforderung, nach Heidelberg zurückzukehren und sich beim Universitätsamte anzumelden, hat im Allgemeinen nicht den erwarteten Erfolg gehabt. Viele haben vielmehr beschlossen, sich in einer Eingabe an die II. Ständekammer in Karlsruhe zu wenden, und diesen Beschluß bereits ausgeführt. Die Petition war von etwa 250 Studenten unterzeichnet und wird heute von einer Deputation der Kammer übergeben werden. Die Studenten wünschen Aufhebung des Verbots gegen den demokratischen Studentenverein; geben sich aber auch zufrieden, wenn alle demokratischen Vereine im Badischen aufgelöst werden. Da keiner von den Studenten einen Paß hat, so hören wir eben, daß ihnen von unserer Regierungsbehörde nur noch ein Aufenthalt von wenigen Tagen werde bewilligt werden. Auf den Universitätsamtmann sind die Studenten nicht gut zu sprechen. Er scheint ihr Vertrauen nicht zu besitzen, und von Vielen hörten wir behaupten, daß es gewiß nicht zu einem Auszuge gekommen wäre, hätte der Amtmann sie gehörig über das von der freisinnigen Kammer im Jahr 1833 gegebene Gesetz verständigt. Es sind daher schon Manche von hier wieder weggegangen, nachdem sie über das ganze Verhältniß aufgeklärt waren, und noch Andere würden es ebenfalls thun, wenn sie sich nicht scheuten.

Neustadt, den 22. Juli. (M. J.) Nachdem die Deputation der Heidelberger Bürgerschaft von Karlsruhe mit einer die hiesigen Studenten nicht befriedigenden Antwort zurückgekehrt war, wurde von letzteren beschlossen, eine Deputation aus ihrer Mitte an die zweite Badische Kammer zu senden. Diese Deputation ist gestern in Karlsruhe angelangt und hat an die Kammer die Forderung gestellt, entweder den Minister zu bewegen, sein Verbot zurückzunehmen oder das Verbot sämmtlicher demokratischer Vereine in Baden auszusprechen. Geschieht das letztere, so werden wir nach Heidelberg zurückkehren, um vereint mit den Bürgern für die Rechte des Volks einzustehen. Sollte die Kammer auf keine der beiden Forderungen eingehen, worauf wir nach den uns zugegangenen Nachrichten schon im Voraus gefaßt sind, so geht die nämliche Deputation nach Frankfurt. Dieses ist unser letzter Schritt, schlägt auch er fehl, so ziehen wir (dazu haben wir uns verpflichtet) in unsere Heimath, und die beiden Badischen Universitäten, Freiburg und Heidelberg werden in Verruf erklärt. Wir sind einiger als je, und in unsern täglich stattfindenden Versammlungen herrschen Ernst und Würde. — Gestern ist eine Deputation aus **Tübingen** hier angelangt und hat uns eine Adresse überbracht, worin die dortige Studentenschaft ihre Zustimmung zu unserm Schritte uns kundgibt. Morgen wird eine Deputation aus Wien anlangen. Solche Adressen machen auf uns einen um so wohlthuenderen Eindruck, je mehr unser Unternehmen von mehreren Zeitungen entweder ganz oder doch wesentlich falsch dargestellt worden ist.

Wiesbaden, den 23. Juli. (O. P. A. Z.) Die Ruhe ist vollkommen wieder hergestellt, und die neu organisirte Bürgerwehr bereits ihren Dienst wieder angetreten. Außer den wenigen Anhängern der entwichenen Wühler hat wohl Niemand im Ernst an Reaktion bei uns gedacht. Präsident Hergenhahn hat in seiner verantwortlichen Stellung an der Spitze der Nassauischen Verwaltung eben so wenig die Milde als die Freisinnigkeit seines Charakters verleugnet. Die Reichstruppen aus Mainz haben sich musterhaft benommen und verlassen uns schon wieder in kleineren Abtheilungen.

München, den 24. Juli. Der König hat genehmigt, daß an der vom 3. bis 5. September in Jena stattfindenden Versammlung von Professoren und Privatdocenten für die Reform der deutschen Universitäten von jeder der bayerischen Hochschulen fünf Abgeordnete aus der Klasse der Professoren und Privatdozenten theilnehmen, denen auf die Dauer von 12 Tagen Diäten und Reisekosten gewährt werden.

Konstanz, den 20. Juli. In seiner heutigen Sitzung hat der hiesige Gemeinderath und große Bürgerausschuß, auf den Antrag von 125 Gemeindebürgern, welche die Freilassung des von Hrn. C. Mathy verhafteten Redakteurs der „Seeblätter," J. Fickler, verlangten, mit großer Mehrheit den Beschluß gefaßt, „die großherzogliche Regierung zu ersuchen, den Bürger Fickler der so lange dauernden Haft zu entheben, fürsorglich dessen Prozeß zu beschleunigen oder die Entgegennahme einer Sicherheitsleistung zu bestimmen, wozu die Mittel bereits vorhanden seien." Daß unsere Regierung einem solchen Ersuchen kein Gehör geben wird, ist unzweifelhaft. (O. P. A. Z.)

— Heute sind die „Seeblätter" auf Befehl des Bezirksamts dahier mit Beschlag belegt worden. Anlaß dazu gab sowohl ein gegen den Reichsverweser Erzherzog Johann gerichteter Artikel, der dem Volksfreunde von Hecker entnommen war, als auch ein Gedicht, das die Aufschrift trägt: Die deutschen Patrioten an die Karlsruherin.

Hamburg, den 26. Juli. Schon bei einbrechender Dunkelheit waren gestern Abend große Menschenmassen vor dem „Hotel de l'Europe," in welchem Herr von der Tann, der Hauptmann v. Aldosser und einige andere Offiziere seines Korps logirten, versammelt. Nach mehreren andern Vereinen, die dem Führer der Sieger bei Hoptrup durch Deputationen, Gesang und stürmische Lebehochrufe ihre Huldigung darbrachten, langte gegen $10\frac{3}{4}$ Uhr auch der Schleswig-Holsteinische Verein, mit dem Herzogschen Musikchor an der Spitze, vor dem gedachten Hotel an. Drei Musikstücke wurden trefflich ausgeführt; nach den beiden ersten ließ eine Liedertafel einen Freiheitsgesang ertönen, und vor dem letzten hielt der Präsident des Vereins an den Gefeierten eine seine Verdienste um die Sache Schleswig-Holsteins preisende Anrede. Kurz darauf zerstreute sich die auf einige Tausende sich belaufende Zuhörermasse in bester Ordnung.

Altona, den 23. Juli. Unter ungeheurem Menschenzulaufe marschirten um $7\frac{1}{2}$ Uhr etwa 150—200 Mann des v. d. Tann'schen Freicorps, die mit dem Abendzuge angekommen waren, mit dem Obristlieut. v. d. **Tann** selbst und dem Hauptmann v. **Bothmer** in ihrer Mitte, durch Altona nach Hamburg. Nachdem sie daselbst die unter ihnen befindlichen Hamburger zurückgelassen, begaben sie sich wieder um 9 Uhr nach Altona, wo sie, übernachten werden. Der größte Theil der bisher bestandenen Freicorps ist nach Itzehoe marschirt, um sich dort als 9. Schlesw.-Holst. Bataillon zu reorganisiren. (B.-H.)

Rendsburg, den 23. Juli. Die Auflösung der beiden Freikorps ist nun definitiv erfolgt, doch sind 600 Mitglieder derselben, zum größeren Theile Schleswig-Holsteiner, in das regulaire Militair eingetreten; sie sind diesen Morgen bereits über Neumünster nach Itzehohe abgegangen, wo sie den Stamm eines neuen (des 9ten) Schleswig Holsteinischen Bataillons bilden werden.

Die Dankaddresse der Stände-Versammlung an die in Schleswig-Holstein kämpfenden Freicorps lautet: „**Tapfere Deutsche Brüder!** Euch den wackern Kriegern im Deutschen Norden, Euch Allen, die Ihr gekämpft und noch kämpfet für Deutschlands Ehre, bringen die Schleswig-Holsteinischen Stände den Dank des Landes, einen Dank, welcher jeden Bewohner Deutscher Marken durchdringt. Ihr Streiter des Deutschen Bundesheeres, Ihr Freiwilligen aus allen Gauen des großen Vaterlandes, Ihr Söhne Schleswig-Holsteins, Ihr Alle von der Elbe bis zur Königsau seid es, denen das Volk durch seine Vertreter die vollste Anerkennung zollt, für den Muth und die Begeisterung, womit ihr kämpft, wo sich die Gelegenheit beut, für die Ausdauer, womit Ihr die Beschwerden eines oft ermüdenden Feldzuges tragt, für Ordnung und Sitte, welche Ihr in unserm und im Lande des Feindes bewahrt, für die Mäßigung und Menschlichkeit, welche Ihr den Besiegten erweiset. Kühn habt Ihr nicht nur den Feind bekämpft, der sich Euch nahte, nein, auch dem Feinde gegenüber, der, durch seine Schiffe geschützt, Euch unerreichbar ward, habt Ihr, dem Meer selbst trotzend, am Belte aufgepflanzt das Banner, welches uns Alle als Brüder verbindet, das Zeichen Deutscher Einheit und Kraft. Schwer, Ihr tapfern Krieger, war und ist der Kampf, den Ihr streitet, schwer und großer Umsicht bedürftig die Führung gegen den die offene Feldschlacht stets meidenden Feind; aber um so mehr ist Euch ein ehrenvoller Platz in der Geschichte dieses denkwürdigen Jahres gesichert; denn Ihr habt die Freiheit vom fremden Joche dem Lande erstritten, welches gegen Dänisches Wort und Dänischen Sinn kämpfte seit Jahrhunderten! Und so sprechen wir, die Vertreter des durch Euren kräftigen Arm befreiten Schlesw.-Holst., dies Wort des Dankes aus, beseelt von der Hoffnung, daß der Herr der Heerscharen Euch, den tapfern Streitern für Deutsches Recht, auch ferner den Sieg verleihe; und enden wir mit dem innigen Wunsche, daß Ihr uns einen Frieden erringet, der Eurer Tapferkeit werth, der würdig des großen Deutschlands sei, damit die Erde, welche genetzt ward durch das Blut der für Deutschlands Ehre in den Tod vorangegangenen Brüder, treibe hervor den ersten Lorbeer, der die Stirne des einigen Deutschlands schmücket, als ein ewiges, unauslöschliches Angedenken dem in die Heimath siegreich wiederkehrenden Krieger! Rendsburg, in der Schleswig-Holsteinischen Ständeversammlung, den 19. Juli 1848; **Bargum**, Präsident. **Lorentzen**, Schriftführer.

Wien, den 21. Juli. Unsere Nationalgarde hat vergangene Nacht ihre Hand zur Aufhebung des demokratischen Clubs gereicht. Es wurde in dieser Versammlung eben die Republik mit wildem Geschrei angerühmt, als die Garde einschritt und die Versammlung aufhob. Der bekannte Jurist Böhm ist unter den Arretirten. Viele Mitglieder dieses Clubs wurden von dem herbeigelaufenen Volke thätlich gemißhandelt

Wien, den 24. Juli. Gestern Morgens, halb 6 Uhr, versammlte sich ein Theil der akademischen Legion vor dem Schottenthore und zog unter klingendem Spiele, angeführt von ihrem Legionskommandanten Koller, über Herrnals nach Dornbach. Schon am Tage vorher waren das Techniker-Corps, die Forstzöglinge von Mariabrunn und eine Abtheilung des neunten Bezirks von Mariabrunn aus auf den Galizienberg marschirt und hatten am Morgen des 23sten das dortige Gehöfte besetzt. Das Ganze sollte ein Feldmanöver vorstellen und alle Rollen waren im Voraus ausgegeben. Leider müssen wir bemerken, daß viele der Gegner so ungestüm eindrangen und unvorsichtig genug noch in solcher Nähe feuerten, daß Neun mehr oder weniger bedeutend verwundet wurden, meist Philosophen und Mediziner. Zum Glück sind die Verwundungen nicht gefährlich. Zu gleicher Zeit fand ein Feldmanöver in der Gegend von Mauer statt, wobei dem Vernehmen nach eine noch bedeutendere Anzahl Verwundungen vorgekommen sein soll.

Prag, den 23. Juli. Unser Landespräsident, Graf **Leo Thun**, ist seines Dienstes bereits enthoben und von unseren Reichstags-Deputirten in Anklagestand versetzt worden. Seine Taktlosigkeit beschleunigte seine Entsetzung; er selbst bekennt es offen, daß alles, was er vorgenommen, ein entgegengesetztes Resultat zur Folge gehabt habe. Seine Stelle hat ein Graf **Rothkirch**, bisher Kreishauptmann in Pilsen — noch ein Schüler und Anhänger des Metternich'schen Systems — erhalten. — Die Belagerung ist bei uns bloß dem Namen nach aufgehoben. Das Militair campirt noch immer im Freien, ja sogar die Kanonen sind noch immer gegen die Stadt gerichtet. Wir stehen fortdauernd unter dem militairischen Despotismus, gegen den man sich schon allgemein sträubt. Ebenso erregt der Schlendrian der Untersuchungs-Kommission große Unzufriedenheit, so zwar, daß kein Kriminalrath mehr sich daran betheiligen will. Es giebt noch mehrere Verhaftete und dies Familienväter, die noch nicht einmal verhört worden

sind, und die zuletzt mit der einfachen Entschuldigung entlassen werden, es hätte ein Mißverständniß obgewaltet. Die Ungerechtigkeiten, die man sich hier zu Schulden kommen läßt, sind himmelschreiend. So wird hier auch ein Franzose noch immer gefangen gehalten, weil man ihn für einen Emissair hält. — Vor einigen Tagen ging in der Nähe von Prag ein Zug gefangener Italiener vorbei, gegen 600 Mann stark, bestehend aus der Garde civica der verschiedensten italienischen Städte, worunter sich auch 60 Studenten, 3 Professoren und der Herzog Eduard de Medici befanden. Man sammelt hier für sie milde Beiträge an Geld, Wäsche und Kleidungsstücken, die man ihnen in die Festung Theresienstadt zusenden wird.

Carlstadt, den 20. Juli. Bei Alibunar sind die Insurgenten tüchtig von der magyarischen Kavallerie zugerichtet worden, 150 Mann Gefangene gemacht, nebst Abnahme von 2 Kanonen. Nach diesen zuverlässigen Berichten haben trotz dieses bedeutenden Verlustes die Insurgenten sich in ihrer Stellung behauptet und jene zwei Kanonen zurückerobert. — Die unteren vier Gränzregimenter (wallachisch-illyrisch, Pancovaner, Peterwardeiner Regiment und Tschaikistenbataillon) haben sich revolutionair gegen das ungarische Ministerium erklärt. Das Volk ist fürchterlich aufgebracht gegen die Magyaren. Die Gränzer schließen sich den Insurgenten schon an. Die Loosung ist: Es lebe Oesterreich und Kaiser Ferdinand!

Triest, den 16. Juli. Keine Stadt erntet früher als wir die Früchte deutscher Einigkeit, denn Dank der energischen Protestation unserer Brüder, der Blokadezustand unseres Hafens, der wie ein Alp auf unsern Handel und den Erwerb der niederen Klassen drückte, hat geendet, grade zu der Zeit, als er nach der prahlerischen Ankündigung des Befehlshabers des feindlichen Geschwaders auch auf die nichtösterreichischen Handelsschiffe ausgedehnt werden und dadurch alle commercielle Thätigkeit unserer Stadt hemmen sollte. Die feindliche Flotte ist aus unserem Angesichte verschwunden, die Dampfschiffe des Lloyd nehmen die unterbrochenen Fahrten wieder auf, zahlreiche Trabaccoli (Küstenfahrzeuge) füllen mit den am Einlaufen verhindert gewesenen größeren Schiffen allmälig den Hafen, der wieder das gewohnte Bild ruhiger Thätigkeit gewährt, Ruhe kehrt in die Gemüther zurück, und die Mienen unserer Börsenkaufleute heitern sich auf. Diese Veränderung hat auch entschieden günstig auf die Stimmung unserer aus allen Nationen zusammengesetzten Bevölkerung für Deutschland eingewirkt. War man auch bisher, mit Ausnahme der sich täglich mehr verlierenden Italienischen Partei, gut Oesterreichisch gesinnt, so wollte man doch von einem Anschlusse an Deutschland nichts wissen, in welches Triest, ohne um seine Einwilligung befragt worden zu sein, 1818 nur durch eine Erklärung des Oesterreichischen Bundestagsgesandten incorporirt ward, und frug, vielleicht nicht ganz ohne Recht: „Warum hat denn Deutschland, das im Norden blutige Kriege nicht scheut, um stammverwandte Brüder, die bisher in gar keiner politischen Verbindung mit ihm standen, in seinen Bund aufzunehmen, das im Osten noch einmal einen Riß in das schon so oft zerrissene Polen macht, bisher ruhig zugesehen, wie Italienische Freischaaren das Bundesgebiet in Wälschtirol und die Venetianer dasselbe durch Verbrennung des Dorfes Visco am Isonzo verletzten? Warum debattirten die Vertreter der Deutschen Nation noch darüber, ob die Blokade Triests und die officielle Androhung von Feindseligkeiten gegen unsere Stadt von Seiten des Königlich Sardinischen Flottencommandanten Albini eine Kriegserklärung gegen Deutschland sei? Hatte nicht Tirol, hatte nicht unsere Provinz ihre Vertreter zum Deutschen Parlamente gesandt?" Deßhalb war es gewiß ein Wort zu seiner Zeit, daß Herr Kolparzer die Aufmerksamkeit der Versammlung auf die Lage unserer Stadt lenkte und die von hier aus an ihn abgegangene Dankadresse hätte gewiß heute mehr Unterschriften gefunden. Seit wir die Deutsche Fahne, durch deren Aufziehung am vergangenen Sonntage wir die Wahl des auch hier allseitig verehrten Erzherzogs Johann zum Reichsverweser feierten, vom Kastelle herabwehen sahen, wissen wir erst, daß unsere Stadt Deutsch ist, trotz der überwiegenden Italienischen Bevölkerung, deren Sprache vielleicht noch lange Zeit die Sprache des Marktes, das Mittel der Verständigung für uns bleiben muß. Als integrirender Theil Deutschlands, als der einzige Hafen des Mittelmeeres für einen so bedeutenden Ländercomplex allein kann Triest bedeutend bleiben und noch ungleich bedeutender werden. Es braucht nicht zu fürchten, daß seinen Privilegien als Freihafen, die seine Bedeutsamkeit bedingen, von Frankfurt, oder von dem Reichstage in Wien aus Gefahr drohe, denn hier wie dort wird man erkennen, von wie großer Wichtigkeit es auch für Deutschland und Oesterreich insbesondere sei, unsere Stadt in ihrer raschen Entwickelung nicht zu hemmen durch Entziehung von Vorrechten, deren sich dieselbe gerade in letzterer Zeit gewiß nicht unwürdig gezeigt hat. (O.-P.-A.-Ztg.)

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 23. Juli. Am Schluß der vorgestrigen Sitzung der **National-Versammlung**, erklärte der Finanz-Minister, daß die von der vorigen Verwaltung geäußerte Hoffnung, das diesjährige Staats-Einkommen die Ausgaben übersteigen zu sehen, sich leider nicht verwirklichen werde. Später werde er den Etat der Staatslasten für 1849 und selbst für 1850 auseinandersetzen, denn die volle Wahrheit sei in dieser Beziehung das sicherste Element des Kredits, weil sie falsche Gerüchte am besten vernichte. Die Veranschlagung des Budgets für 1848 lasse an den direkten Steuern einen Verlust von 20, an den indirekten Steuern von 60 Millionen befürchten. Sollten alle übrigen Einnahmen gleich großen Ausfall ergeben, so würde ein weiteres Defizit von mindestens 70 Millionen sich ergeben. Doch hoffe er, daß der Gesammt-Ausfall der Einnahmen nur 140 Millionen betragen werde. Auf die von seinem Vorgänger ausgesonnenen Hülfsquellen müsse er verzichten. Zu dem Einnahme-Ausfalle von 140 Millionen kämen nun noch die vom 6. Juni bis 10. Juli votirten Ausgaben mit zusammen 45 Millionen, ferner 6 Millionen für Konsolidirung der Schatzbons, 4 Millionen für die Diskonto-Comtoire und andere Abzüge zum Belauf von 55 Millionen Fr., so daß das Gesammt-Defizit in runder Zahl zu 250 (wonach die gestern angegebene Ziffer 209 zu berichtigen ist) Millionen sich herausstelle. Leider seien diese Ziffern richtig; die Verantwortlichkeit dafür dürfe man aber nicht der jungen Republik aufbürden. Das Defizit falle vielmehr größtentheils der früheren Regierung, ihren Verschleuderungen und ihrer schlechten Verwaltung zur Last. Ende 1848 werde das Defizit in der Staats-Kasse also 250 Millionen betragen. Zur Deckung desselben habe man keine anderen Quellen, als die vom letzten Finanz-Minister angedeuteten, worunter die mit der Bank abgeschlossene Anleihe figurire. Unter diesen Umständen glaube die Regierung, zu Kredit und Anleihe bis zum Betrage von 175 bis 200 Millionen ihre Zuflucht nehmen zu müssen. Der Minister übergab den angekündigten Dekret-Entwurf für die vorgeschlagene neue Anleihe und drang darauf, daß die Versammlung die Dringlichkeit schleunigster Erörterung desselben anerkennen und votiren solle. Die Dringlichkeit, die Ueberweisung an das Finanz-Comité und die Feststellung der Diskussion auf übermorgen wurden von der Versammlung angenommen. Herr **Coquerel** hatte nun das Wort als Berichterstatter der Kommission über das Gesetz wegen der Klubs. Er erklärte nach Anerkennung des Versammlungsrechtes als des passendsten Werkzeuges zur Entwickelung des politischen Lebens, daß für die Gesellschaft aus den Klubs die größte Gefahr erwachse, sobald gewisse Auflösungslehren dort einen Charakter des Angriffs auf die bestehende Regierung annähmen. Ein guter Klub sei eine Konferenz, ein schlechter Klub anfangs eine Parodie und nachher eine strafbare Usurpation. „Wir bedürfen", sagte er, „ein Gesetz, welches Mißbräuchen vorbeugt, die Sie vielleicht später durch Gefängniß oder Transportation unterdrücken müßten. Wir haben den Klubs allen Spielraum für die Erörterung, aber durchaus keinen für die Empörung und Usurpation lassen wollen. Wir wollen eben so wenig Klubs der Cordeliers und Jakobiner, als Klubs von Chambord und von Neuilly. Wir schließen von den Klubs Minderjährige und Frauen aus; die Frau ist fürs Privat- und nicht fürs öffentliche Leben geschaffen. Der Berichterstatter verlas nun den Dekret-Entwurf der Kommission, welcher von dem der Regierung wenig abweicht. Der **Minister des Innern** erklärte noch, daß er mehrere Abänderungen der Kommission nicht billige und seine Einwendungen bei der Diskussion vorbringen werde.

— Gestern haben die Büreaus der National-Versammlung die Prüfung des Verfassung-Entwurfs beendigt. Proudhon's Antrag im 4ten Büreau, die Worte: „in Gegenwart Gottes" aus der Einleitung wegzulassen, wurde einstimmig verworfen. Das 14te Büreau nahm zwei Amendements zu der Einleitung an: dabei eines, wonach in die Einleitung eingeschaltet werden soll, daß jeder Angriff gegen den Grundsatz des Eigenthums ein Angriff gegen die gesellschaftliche Ordnung sei. Das im 109ten Artikel des Verfassungs-Entwurfs ausgesprochene Verbot der Stellvertretung im Militairdienst wurde in allen Büreaus, besonders von Thiers, Dupin, General Oudinot, General Ney und Oberst Ambert, lebhaft bekämpft. Der größte Theil der Büreaus erklärte sich gegen diesen Artikel und beantragte dessen Weglassung. Napoleon Bonaparte sprach sich namentlich mit großem Eifer gegen jene Bestimmung aus. Die Folgen davon, meinte er, würden höchst unheilvoll sein, sie gingen auf nichts Geringeres hinaus, als die Armee zu vernichten.

Paris, den 24. Juli. General Cavaignac hat gestern seinen ersten officiellen Empfang gehalten. Er begann um 9 Uhr Morgens und endete um 6 Uhr Abends. Alle Tribunale, die Geistlichen aller Glaubensbekenntnisse, die Departemental- und Munizipalbehörden von Paris, Versailles und den beiden Departements der Seine und der Seine et Oise, das Offizierkorps der Armee, der Nationalgarde, der Mobilen, die Akademie, der Rechnungshof, die Collegien, die Wechselagenten und alle anderen constitutionellen Korps erschienen vollständig. Es war das erste Lever des provisorischen Präsidenten der Republik.

Moldau und Walachei.

Jassy, den 12. Juli. Nachdem der lange gerüchtweise vorhergesagte und kaum mehr geglaubte Einmarsch russischer Truppen über den Pruth in die Moldau wirklich am 7. d. M. angefangen hat, und sie einige Tage darauf auch bereits 6000 Mann in der Vorstadt von Jassy auf einem Berge ein Lager bezogen haben, Aufklärungen über den Zweck dieses Einmarsches aber in keiner Weise ertheilt worden sind, hat der preuß. General-Consul, B. v. **Richtofen**, die Beziehungen zur hiesigen Regierung bis auf weitere Ordre seines Gouvernements abgebrochen. Dasselbe ist auch von andern Consuln geschehen. Die Erklärung, welche dem Gouvernement, dem russischen Consulat und dem türkischen Commissär übergeben worden ist, stützt sich insbesondere darauf, daß der General-Consul sich bei dem Gouvernement des Hospodaren durch den Berat der Pforte accreditirt finde, und daher keine Funktionen bei einem Gouvernement auszuüben im Stande sei, welches gegenwärtig einem andern, als dem einzig legitimen Einfluß der Pforte unterliege. Die Truppen, welche schon einmarschirt sind, werden auf 28,000 Mann angeschlagen, welche meist bei Berlad in der mittleren Moldau concentrirt sind, und von dort weiter nach der Wallachei gehen sollen. Die Bewegung in der Wallachei, heißt es, sei bereits unterdrückt. Die russische Occupation der Donaufürstenthümer scheint zweifellos zu sein. Handel und Wandel liegt ganz darnieder. Alle Behörden haben schon seit 3 Wochen der Cholera wegen und in Betracht der politischen Verhältnisse ihre Funktionen eingestellt. Eine Rekonstruktion der Verfassung ganz im russischen Zuschnitt wird erwartet und geht bereits thatsächlich vor sich.

Jassy, den 17. Juli. Der **Sturz der provisorischen Regierung in Bukarest**, sowie die **Landung Türkischer Truppen** ganz in der Nähe von Galacz bestätigen sich. Am 12. Abends langte ein Türkisches Transport-

(Mit einer Beilage)

Um 10 Uhr wird eine zweite Beilage, die neuesten Frankfurter Nachrichten enthaltend, ausgegeben.

№ 174. **Beilage zur Posener Zeitung.** den 29. Juli 1848.

Dampfschiff mit einer vollen Ladung, wahrscheinlich Kriegsmunition, auf der Rhede von Galacz an und begab sich am andern Tage an das gegenüber liegende Türkische Donau-Ufer, wo die mit Türkischen Landungstruppen bemannten Boote schon in Bereitschaft standen, welche sofort von dem Dampfer ins Schlepptau genommen und ans Moldauische Ufer remorquirt wurden. Auch die gegenüber von Rustschuk gelegene Wallachische Stadt Giurgewo hat bereits eine Türkische Besatzung erhalten. Man will hier auch wissen, daß Talat Effendi sich baldigst gemeinschaftlich mit dem in Moldauisch-Fokschau verweilenden Herrn v. Kotzebue nach Bukarest begeben werde. Das nach der Wallachei marschirende Russische Truppen-Korps ist in Slobozia (eine dem Groß-Bojaren Alend Roznowan gehörige Ortschaft), eine Viertelstunde von Berlad entfernt, gelagert. Ueber die Stärke dieses Korps läßt sich nichts Bestimmtes angeben, da die Aussagen von 10,000 bis auf 20,000 lauten. Uebrigens taucht allenthalben die Frage auf: wem eigentlich, dem Lande oder dem regierenden Fürsten die Bestreitung des Unterhaltes der fremden Truppen obliege? und Letzterer wird allgemein als derjenige bezeichnet, der, weil er dieselben seiner persönlichen Sicherheit halber ins Land gerufen, auch die betreffenden Auslagen zu tragen habe. Das Einrücken der Russischen Truppen hat panischen Schrecken und Entmuthigung zur nächsten Folge gehabt. Kein Bojar will, so lange Fürst Stourdza noch Hospodar ist, mehr ein Amt bekleiden; der eigentliche Sitz der Moldauischen Regierung ist das Russische Consulat, und nichts geschieht ohne Vorwissen und Genehmigung des Generals Duhamel. Fürst Stourdza erhält sich noch immer in seiner Stellung; der Tod des Metropoliten Meletios, seines gefährlichsten Gegners, die Cholera-seuche, welche die Vereine der Bojaren nach allen Richtungen hin zerstreute, dann die jüngst stattgehabten Umwälzungen in der Wallachei, während es in der Moldau bei mißlungenen Versuchen verblieb, stellen sich allerdings als für den Fürsten Stourdza günstige Ereignisse heraus.

Versammlung zur Vereinbarung der preußischen Staats-Verfassung.

Dreiunddreißigste Sitzung, vom 25. Juli.
(Schluß.)

Im Laufe der Debatte spricht Hr. Stein für den Commissions-Bericht. Eines vorgekommenen Mißbrauchs wegen könne nie ein Recht geschmälert werden. Auf die bisherige Weise könne ebensogut eine Interpellation zwischen dem Ministerium und dem Interpellanten verabredet sein (links: Bravo). In England und dem früheren Frankreich sei, wenn die Majorität sich dafür entschließt, die Discussion über die Antwort eines Ministers auf eine Interpellation gestattet. Und so müßte es auch hier sein. Das Ministerium sei schon dann schutzlos, wenn es sich selbst nicht mehr zu schützen vermöge.

Minister des Innern Kühlwetter weist die Zumuthung eines Einverständnisses zwischen dem Ministerium und einem Interpellanten zurück.

Hr. v. Auerswald (Rosenberg) erklärt als Mitglied des frühern Kabinets, daß weder mit ihm, noch, wie er glaubt, mit irgend einem Mitgliede des Kabinets, welchem er angehörte, wegen Interpellationen Verabredungen mit einzelnen Mitgliedern stattgefunden haben. Hr. Dierschke spricht dem Ministerium des Innern seinen Dank dafür aus, daß, nach einer von ihm (dem Abgeordneten) wegen reactionärer Strebungen gemachten Anfrage, ein Rundschreiben an die Beamten ergangen sei, worin sie vor reactionärem Uebergriff verwarnt werden. Eine solche ministerielle Erklärung werde sehr beruhigend wirken. Nachdem der Schluß der Debatte ausgesprochen worden und Herr Behnsch noch gegen denselben sich erhoben hatte, wurde zur Abstimmung geschritten. Zwei Amendements (eines des Hrn. Weisel und eines des Herrn v. Kirchmann) fielen durch, worauf der also lautende Commissions-Antrag: „Ist der Interpellant der Ansicht, daß die von dem Ministerium ertheilte Antwort die Frage nicht erschöpft habe, so ist demselben wiederholt das Wort gestattet. Demnächst darf sowohl über die Vollständigkeit der Antwort, als über die Ansichten und Grundsätze derselben die Debatte eröffnet werden, jedoch nur zufolge eines Beschlusses der Nationalversammlung" angenommen wurde.

Es folgte nun der Beschluß über den Antrag der HH. Elsner, Gr. Reichenbach und Stein auf Veränderung des Sitzungssaales. Die deshalb niedergesetzte, aus den HH. Mätzke, (Berichterstatter), Jonas, Berends, Duncker und Sydow bestehende Commission hatte beantragt: 1) von der Erbauung eines interimistischen Sitzungslokals abzusehen, 2) den Saal der Singakademie, mit Rücksicht auf die inzwischen bereits eingetretenen und noch herbeizuführenden Veränderungen, für die gegenwärtige Versammlung beizubehalten und dem Präsidenten die weitere Verabredung mit der Vorsteherschaft der Singakademie wegen fernerer Belassung des Hauses zu überlassen, 3) die stenographischen Berichte, getrennt von dem Staatsanzeiger, zu dem Selbstkostenpreise zu verkaufen und deren portofreie Versendung im Inlande zu bewirken. Der Antrag der Commission wurde genehmigt, nachdem der Handelsminister Milde noch angeführt, daß während seiner Präsidenten-Amtsführung schon, auf den Antrag von Abgeordneten, einzelne Exemplare der stenographischen Berichte ohne den Staatsanzeiger abgelassen worden, und Hr. Siebert bemerkt hatte, daß ein solcher Debit ein Eingriff in das Buchhändler-Gewerbe sei.

Der Commissionsbericht zu dem Antrage des Hrn. Brehmer auf „Erbauung eines Lokals für die preußischen Kammern" enthielt den von dem Berichterstatter Mätzke verlesenen Antrag: das Staatsministerium zu ersuchen, die Herstellung eines hinlänglich geräumigen und angemessen eingerichteten Gebäudes für die Versammlungen der preußischen Nationalvertretung baldigst vorzubereiten: welchem Antrage die Versammlung beitrat.

Da die Versammlung allgemein den Schluß begehrte, so beraumte der Präsident die nächste Sitzung auf Freitag den 28. d. M., Vormittags 10 Uhr an, und verkündete für dieselbe folgende Tagesordnung: 1) Bericht über die Aufhebung des eximirten Gerichtsstandes in Criminal-, fiskalischen und Injuriensachen; 2) Bericht über die Abschaffung der Todesstrafe; 3) Bericht über die zu der Verfolgung des Abgeordneten Kuhr zu ertheilende Genehmigung; 4) Bericht über die Bittschriften.

Schluß der Sitzung gegen 3 Uhr

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.]

Der Unterzeichnete beehrt sich, das Publikum auf zwei Brochüren aufmerksam zu machen, welche den Zweck einer Widerlegung seiner aktenmäßigen Darstellung der polnischen Insurrektion des Jahres 1848 verfolgen.

Die erste ist von Herrn Wladislaus Koscielski, welcher beim ersten Cuirassier-Regiment den Eid zur Standarte schwor, dann im Jahre 1844 preußischer Landwehr-Offizier wurde, welche Stellung er noch bis heute nicht aufgegeben hat. Beim Ausbruch des Aufstandes stand er als Anführer bei den Ulanen der Insurgenten, begleitete dann in preußischer Uniform den Herrn General von Willisen in der Provinz und wurde sogar von letzterm als Courier nach Berlin geschickt, um mündlich über die Zustände in Posen zu berichten.

Die zweite Brochüre ist angeblich von einem Herrn Gustav Senst, welcher sich als einen Deutschen des Großherzogthums Posen auf dem Titel seines Werkes bezeichnet.

Es konnte im ersten Augenblicke der Gedanke in mir aufsteigen, die vielfachen Irrthümer und Unrichtigkeiten beider Brochüren auf demselben Wege zu widerlegen. Da dieselben indeß mehr in der Form eines Pamphlets, als in der einer ruhigen historischen Kritik sich bewegen, so darf ich mich um so mehr dieser Arbeit überhoben betrachten, als das Material zur Geschichte der polnischen Insurrektion und ihrer Unterdrückung vorbereitet daliegt und demnächst dem Publikum nicht vorenthalten bleiben wird.

Außerdem glaube ich diesen beiden polemischen Erscheinungen ihr Recht widerfahren zu lassen, wenn ich sie vor den Richterstuhl des gebildeten und unpartheiischen Publikums verweise, welches ihren Werth zu würdigen wissen wird.

Berlin den 25. Juli 1848. v. Voigts-Rhetz.

Schluß-Abfertigung.

Das Resümé der auch von mir unterzeichneten Berichtigung des Referats über die hier abgehaltene Lehrer-Versammlung ist einfach folgendes: Der Berichterstatter hat gelogen! — Diese offne Erklärung werde ich, sollte man es belieben, an geeigneter Stelle durch „motivirten Vortrag" zu beweisen wissen.

Mit der unerquicklichen Verfechtung einer persönlichen Angelegenheit darf das Publikum nicht länger behelligt werden, daher auch die Diatribe in Nr. 170. — ein überdies nach Form und Inhalt jammervolles Machwerk — zu ignoriren ist.

Wongrowiec, den 27. Juli 1848. Nowicki.

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Sonntag den 30. Juli c. werden predigen:

Ev. Kreuzkirche. Vm.: Hr. Ober-Pred. Hertwig. — Nm.: Wahl von Kirchenvorst.
Ev. Petrikirche. Vm: Hr. Cand. Abicht
Garnisonkirche Vm.: Hr Div.-Pred. Bork.

In den Parochieen der genannten Kirchen sind in der Woche vom 21. bis 28. Juli c. Geboren: 5 männl., 6 weibl Geschl. Gestorben: 10 männl., 5 weibl. Geschl.

Markt-Bericht.

Posen, den 28. Juli.
(Der Schfl. zu 16 Mtz. Preuß.)

Weizen 1 Rthlr. 14 Sgr. 5 Pf., auch 1 Rthlr. 23 Sgr 4 Pf.; Roggen 26 Sgr. 8 Pf., auch 1 Rthlr: Gerste 15 Sgr. 7 Pf., auch 20 Sgr.; Hafer 17 Sgr., auch 20 Sgr.; Buchw. 20 Sgr., auch 22 Sgr. 3 Pf.; Kartoffeln 8 Sgr. 11 Pf., auch 9 Sgr. 10 Pf.; der Ctn. Heu zu 110 Pfd. 20 auch 24 Sgr.; Stroh, das Schock zu 1200 Pfd 4 Rtlr., auch 4 Rthlr 15 Sgr.; Butter das Faß zu 8 Pfund 1 Rthlr 15 Sgr., auch 1 Rthlr. 20 Sgr.; Spiritus pro Tonne von 120 Quart zu 80% Tralles 17 — $17\frac{1}{2}$ Rthlr.

Berlin, den 27. Juli.

An heutiger Kornbörse waren die Preise von Weizen nach Qual. 46—52, 86pfd. poln. 50 bez.: Roggen loco 25—27, 83pfd. $25\frac{1}{2}$, 85pfd. $26\frac{1}{2}$ gemacht, schwimmend $82\frac{1}{2}$pfd 25 begeben, pr. Juli/Sept. 25, Sept./Oct. 26 gemacht; Hafer loco, nach Qual. 16—18.; — Rapps, W. Rübsen, $67\frac{1}{2}$—67; Leinsaat 45; Rüböl loco $11\frac{1}{12}$—11, Juli/August $11\frac{1}{12}$—11, Aug./Sept. 11 bez., Sept./Okt. $11\frac{1}{12}$—11 G., Oktbr/Novbr. $11\frac{1}{6}$—$11\frac{1}{12}$, $11\frac{1}{8}$, Nov./Dec. $11\frac{1}{4}$—$11\frac{1}{6}$; Leinöl loco $9\frac{1}{2}$ bez, Lief. $9\frac{1}{4}$ bez. — Spiritus loco $18\frac{1}{2}$ ohne Faß bez., Jul./August 18, Aug/Sept. 18 bez., Sept/Okt. $17\frac{3}{4}$ Br., $17\frac{1}{2}$ G., Okt./Nov. $17\frac{3}{4}$ Br., $17\frac{1}{2}$ G.

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redacteur: C. Hensel.

Oeffentliches Aufgebot.

Land- und Stadt-Gericht zu Posen, Erste Abtheilung, den 22. Mai 1848.

In dem Hypothekenbuche des Grundstücks No. 23.

sonst No. 505. der Vorstadt Graben zu Posen sind:

1) Rubr. III No. 1. ein Kapital von 100 Rthlr. für die evangelische Kreuz-Kirche zu Posen und
2) Rubr. III. No. 2. ein Kapital von 100 Rthlr. für das evangelische Hospital hierselbst ex testamento des Samuel Dyrenfeld vom 17. Februar/November 1790 ohne Zinsen zufolge Verfügung vom 17. Juli 1799. mit dem Bemerken eingetragen, daß diese Posten nach dem Tode der Anna Dorothea Dyrenfeld geb. Lohmann ausgezahlt werden sollten.

Ferner ist auf dem eben gedachten Grundstücke:

3) Rubr. III. No. 3. ein zu 5 pro Cent verzinslicher Kaufgelder-Rückstand von 600 Rthlr, welchen der Känfer dieses Grundstücks Johann Michael Tschuschke an die Verkäuferin Wittwe Anna Dorothea Dyrenfeld aus dem Kaufkontrakte vom 8. September 1804. zu zahlen hatte, ex decreto vom 8. Dezember 1804 eingetragen.

Die über diese Posten ausgestellten Schuld- und resp. Hypotheken Dokumente haben nicht beschafft werden können. Alle diejenigen, welche daran als Eigenthümer, Cessionarien, Pfand- oder sonstigen Briefsinhaber Ansprüche zu haben vermeinen, werden hierdurch aufgefordert, solche binnen drei Monaten und spätestens in dem am 4. Oktober d. J. Vormittags 10 Uhr, vor dem Hrn. Oberlandesgerichts-Assessor Berendt in unserem Instruktionszimmer anstehenden Termin anzubringen, widrigenfalls sie damit präkludirt und die Dokumente für amortisirt erklärt werden müssen.

Bekanntmachung.

Es werden:

a) in dem Parlineker Forst-Revier, Kreises Mogilno, eine Weide-Abfindung,
b) in dem Polnisch-Dammer und Szymanowoer Forst-Revier, Kreises Kröben, eine Weide-Abfindung,
c) in der Ortschaft Sulin, Kreises Gnesen, eine Regulirung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse und eine Gemeinheitstheilung, und
d) für den polnischen Stadttheil in Zduny, Kreises Krotoschin, eine Weidefixation in den Forsten der Güterherrschaft Baszkow und Zduny,

in unserm Ressort bearbeitet.

Alle etwanige unbekannte Interessenten dieser Angelegenheiten werden hierdurch aufgefordert, sich in dem auf

den 31sten August 1848 Vormittags 11 Uhr

hierselbst in unserm Partheienzimmer anberaumten Termine bei dem Herrn Regierungs-Assessor Suttinger zur Wahrnehmung ihrer Gerechtsame zu melden, widrigenfalls sie diese Auseinandersetzungen, selbst im Falle der Verletzung, wider sich gelten lassen müssen und mit keinen Einwendungen dagegen weiter gehört werden können.

Posen, den 27. Juni 1848.

Königlich Preußische General-Kommission für das Großherzogthum Posen.

Bekanntmachung.

Behufs Sicherstellung der Lieferung von 24 Klaftern Birken-, 1175 Klaftern Eichen- und 200 Klaftern Kiefern-Kloben-Brennholz für die hiesigen Königlichen Garnison-Anstalten pro 1849 durch Minus-Licitation, wird hiermit Licitations-Termin auf

Donnerstag den 3ten August c. Vormittags 10 Uhr

im Bureau der unterzeichneten Verwaltung, Schützenstraße No. 1., anberaumt, zu welchem die kautionsfähigen Uebernehmungslustigen mit dem Bemerken eingeladen werden, daß die desfallsigen Bedingungen in dem genannten Lokale zur Einsicht liegen, und im Termin eine Kaution von $\frac{1}{10}$ des Lieferungs-Objekts aufzuweisen ist, die von den zwei Mindestfordernden deponirt wird.

Posen, den 20. Juli 1848.

Königl. Garnison-Verwaltung.

Landwirthschaftliches.

Auch zur bevorstehenden Saatzeit können wieder mit der neuen höchst empfehlenswerthen Oelfrucht „Biebitz" à 15 Sgr. pro Pfund aufwarten, und da dieselbe nach der bereits erlangten Ueberzeugung ganz vortrefflich in unserem Klima gedeiht, so haben diesmal ein so bedeutendes Quantum von Nord-Amerika bezogen, daß wir jeden Auftrag auszuführen im Stande sind, jedoch in der Voraussetzung, daß die Bestellungen ungesäumt gemacht werden, indem noch eine Menge vom vorigen Jahre, der zu späten Meldung wegen, erst jetzt erledigt werden können. Der Biebitz ist eine Winterfrucht, und hat vor dem so oft mißrathenden Raps folgende erhebliche Vorzüge: 1) ein größerer Oelgehalt als der allerbeste Raps; 2) wird er erst am 1sten September gesäet, also ein Vortheil der sehr groß ist, weil ihm nur noch die zweite Klee-Erndte oder Futtermenge, ja eine Gerstenerndte, ohne, wenn im Frühjahr gedüngt war, vorangehen kann; 3) die Rüben treiben nicht über die Erde heraus, die Pflanze deckt sich also besser gegen Frost wie gegen Wildfraß, der Schnee schützt sie besser; die Ueberfluthung des Wassers schadet nicht; 4) die etwas harten Blätter werden, da sie bitter sind, gar nicht von den Erdflöhen heimgesucht, denen sie überdies schon wegen der spätern Aussaat mehr entrückt sind als der Raps; 5) wird er 14 Tage früher reif, fällt also dem Acker 6 Wochen weniger zur Last, und kann auch vor der Rapserndte schon aufgearbeitet seyn. Ferner erhielten von Amerika „Kolossal-Roggen", der selbst auf nur mittelmäßigem Boden durchschnittlich das 42ste Korn, Mehl von unübertrefflicher Güte und Stroh noch einmal so lang wie gewöhnlich liefert, so wie auch schönen Amerikanischen „Herkules-Weizen". Beide Getreidegattungen 10 Sgr. pro Pfund. Amerikanische Futterrüben, in den Stoppeln zu säen, 7½ Sgr. die Portion.

Direction des landwirthschaftlichen Industrie-Comtoirs in Berlin,
Geschäfts-Lokal Breitestraße No. 8. 1 Tr. hoch.

Zwei junge Leute, so die Landwirthschaft praktisch unter Aufsicht eines Meklenburger Inspektors erlernen wollen, finden auf zwei Gütern ein Unterkommen. — Das Nähere ist auf dem Dom. Latalice bei Pudewitz zu erfahren.

Ein Knabe rechtlicher Eltern, der deutschen und polnischen Sprache mächtig, findet sofort als Lehrling ein Unterkommen in der Destillation bei

Isidor Bernstein,
Wronker-Straße No. 3.

Auktion.

Dienstag den 1sten August Vormittags von 10 Uhr ab sollen im Auktions-Lokal Friedrichsstraße No. 30. mehrere gut erhaltene Möbel von Mahagoni- und Birkenholz, worunter 1 Schreibsecretair, 2 Sopha's, 1 Dutzend Stühle, 1 Kleiderschrank, Tische, Spiegel ꝛc. von Mahagoni-Holz; ein gutes Gebett Betten, Wäsche, nebst verschiedenen andern Gegenständen, und um 12 Uhr ein halbgedeckter Wagen und für 2 Pferde gutes Geschirr, gegen baare Zahlung versteigert werden. Anschütz.

Ein guter Halbwagen nebst Geschirren und verschiedenes Hausgeräth, darunter ein großer kupferner Mauerkessel, ist aus freier Hand Friedrichsstraße No. 19. sofort zu verkaufen.

Graben Nro. 12 B. sind gute Holzkohlen mit 5 Sgr. der Scheffel, en gros auch billiger zu haben.

Mehrere bequeme Wohnungen, sowie eine Kellerwohnung, welche sich zu einem Geschäfte eignet, sind in meinem Hause von Michaelis an zu vermiethen

D. Goldberg
Alten Markt No. 83.

Kirschsaft ohne Spiritus
ist nur noch auf kurze Zeit zu haben bei

Hartwig Kantorowicz,
Wronkerstraße No. 6.

Heute Sonnabend den 29. Juli:

Gung'lsches Konzert

im Hildebrandtschen Garten.

Schilling.

Sonnabend den 29. Juli:

Großes Konzert.

Entree à Person 5 Sgr. Anfang 6 Uhr.

J. G Piefke,
Musik-Direktor im Leib-Inf.-Regt.

Mit Bezug auf vorstehende Konzert-Annonce erlaube ich mir ganz ergebenst anzuzeigen, daß zur Bequemlichkeit der resp. Herrschaften Kähne unterhalb der Wallischeibrücke zur geneigten Disposition von mir aufgestellt werden. Das Fahrgeld beträgt pro Person 1 Sgr. und beginnen von 3 Uhr ab die Fahrten. Schulz.

Sonntag den 30sten Juli:

Großes Garten-Konzert

in Urbanowo.

Entree à Person 1 Sgr. 6 Pf. Kinder frei.
Anfang 4 Uhr.

Sonntag den 30sten Juli Nachm. 5 Uhr:
Konzert im Garten der Bürger-Harmonie, wozu die geehrten Mitglieder hierdurch ergebenst eingeladen werden. Der Vorstand.

Einem geehrten handeltreibenden Publikum mache ich hiermit bekannt, daß der Guts-After-Pächter Gläsmer aus Kluczewo beim Getreide-Verkauf hierselbst schon mehrere Male sein Wort nicht gehalten hat.

Schmiegel, den 27. Juli 1848.

Schneider, Müllermeister.

Bekanntmachung.

Zu einer Probe mit unsern Utensilien laden wir die geehrten Mitglieder des Rettungs-Vereins beider Abtheilungen auf Sonntag den 30sten Juli c. früh halb sechs Uhr hiermit ergebenst ein. Versammlungsort ist der Sapiehaplatz.

Posen, den 27. Juli 1848.

Der Vorstand des Rettungs-Vereins.

Berliner Börse.

Den 27. Juli 1848.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Staats-Schuldscheine	3½	73¾	—
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	88⅛	87⅛
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3½	70¾	—
Berliner Stadt-Obligationen	3½	—	—
Westpreussische Pfandbriefe	3½	77⅛	76⅝
Grossh. Posener "	4	—	91
" "	3½	77½	77
Ostpreussische "	3½	—	84¼
Pommersche "	3½	91¼	—
Kur- u. Neumärk. "	3½	91¼	—
Schlesische "	3½	—	—
" v. Staat garant. L. B.	3½	81¾	81¼
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	83½	—
Friedrichsd'or	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	$12\frac{1}{12}$	$12\frac{5}{12}$
Disconto	—	3½	4½
Eisenbahn-Actien, voll eingezahlte:			
Berlin-Anhalter A. B.	—	86½	86
" Prioritäts-	4	82¼	—
Berlin-Hamburger	4	62	—
" Prioritäts-	4½	—	—
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	—	—
" " Prior. A. B.	4	—	—
" " "	5	—	—
Berlin-Stettiner	—	85¼	—
Cöln-Mindener	3½	74½	—
" Prioritäts-	4½	87½	74
Magdeburg-Halberstädter	4	91½	—
Niederschles.-Märkische	3½	68½	—
" Prioritäts-	4	81¼	68
" "	5	93¾	—
" " III. Serie	5	—	—
Ober-Schlesische Litt. A.	3½	—	88¼
" " B.	3½	—	84½
Rheinische	—	—	84⅓
" Stamm-Prioritäts-	4	68	54
" Prioritäts-	4	—	—
" " v. Staat garantirt	3½	—	—
Thüringer	4	53	—
Stargard-Posener	3½	61	—

№ 172. 174 **Zweite Beilage zur Posener Zeitung.** den 2[illegible]. Juli 1848.

Frankfurt den 24. Juli. 46ste Sitzung der National-Versammlung. (Fortsetzung des Berichts imheutigen Hauptblatte.)

Jordan aus Berlin. Es ist eine irrige Meinung, daß das Großherzogthum Posen ein schlechthin polnisches Land sei. Der Netzdistrikt hat zum Theil zu Pommern gehört, andere Theile sind seit Jahrhunderten von einer überwiegend deutschen Bevölkerung bewohnt, endlich ist es jetzt Thatsache, daß ein überaus großer Theil vorherrschend deutsch geworden. Nach der Revolution in Berlin verlangten die Polen die Sicherung ihrer Nationalität. Sie wurde ihnen in einem Maße gewährt, wie nie zuvor. Nun verlangten aber auch die Deutschen gleiche Berechtigung, sie sagten es gerade heraus: es geht uns nichts an, woh'n der Landstrich ehemals gehört hat, die Scholle ist neutral! Sie wollten abgegrenzt sein und die Regierung ging auf dies Verlangen ein. Sollen wir jetzt ½ Million Deutscher in eine fremde Nationalität hinausstoßen? Wer diese Frage mit ja! beantwortet meine Herren, ich sage es gerade heraus, den halte ich mindestens für einen unbewußten Volksverräther! (Beifall) In Bezug auf die Abgrenzungslinie kann man ruhig sagen, daß sie mit Gewissenhaftigkeit gezogen ist, es geht damit aber wie mit vielen Theorien, die Verwirklichung der praktischen Ausführung wird gewöhnlich nicht ganz entsprechend. Es war diese Abgrenzung aus dem rein nationalen Gesichtspunkt nicht immer möglich. Die Sicherheit Deutschlands erforderte eine strategische Linie. Zwar die Festung und Stadt Posen ist vorwiegend deutsch. Da sie aber nicht isolirt bleiben konnte, so mußten die da vorliegenden Gebiete mit abgegrenzt werden, die zur Verbindung nöthig sind, obgleich hier das polnische Element stark vertreten ist. Meine Herren! ich gehe zu einem höheren Gesichtspunkt über. Ich stehe auch auf diesem in meinen Ansichten mit derjenigen Partei (der Linken) nicht im Einklang, mit der ich sonst zusammengehe, doch ich hoffe einen Theil derselben durch die Macht der Wahrheit selbst zu mir herüberzuziehen. Es ist eine Thatsache, daß die Theilnahme für die Polen eine immer verringerte geworden. Dieser Umstand ist in der Natur der Sache wohl begründet. Es hat die Sympathie ein geographisches Gesetz befolgt, sie stand im umgekehrten Verhältnisse der Entfernungen von Polen. Sie beruhte nicht sowohl auf den Vorzügen des polnischen Nationalcharakters, als darauf, daß sie ein politischer Glaubensartikel geworden war. Es sei fern von mir, ihr jeden Grund absprechen zu wollen. Ich ehre und achte in den Polen manche gute Eigenschaft, vor Allem ihre Vaterlandsliebe, ich wünschte nur, wir Deutschen hätten dieselbe in demselben hohen Grade. Meine Herren! Es ist ferner ein Anderes, menschlich erregt zu sein von einem Trauerspiel, und das Trauerspiel rückgängig machen zu wollen, um vielleicht selbst von dem Schicksalsrade zermalmt zu werden. Polen blos herstellen, weil sein Untergang uns mit Trauer erfüllt, meine Herren, das nenne ich eine schwachsinnige Sentimentalität! (Zischen von der Linken.) — Ich erfreue mich von dieser Seite anderer als der gewohnten Zeichen — ich muß dazu bemerken, daß ich so spreche, nicht — weil ich, sondern — obgleich ich Demokrat bin. Es sagen freilich Viele: politische Klugheit räth, Gerechtigkeit gebietet, Humanität nöthigt uns zur Wiederherstellung Polens. Dabei kommt man auf die Phrase von der „Mauer gegen Rußland." Meine Herren! Es wäre eine Schande, wenn eine Nation von 45,000,000 überhaupt eine Vormauer nöthig hätte. Wir Deutschen, hoff' ich, sind Männer genug, unseren Feinden zu stehen. Und wenn es so trübselig mit uns stünde, was berechtigt uns zu der Voraussetzung eine Nation, die Jahrhunderte lang mit den Deutschen im Kampfe gelegen, und der wir, wie immer gesagt wird, bei ihrem Untergang den Hauptstoß gegeben, diese Nation werde nun in ihrem Hasse sich besinnen und uns eine treffliche Vormauer werden? während ihre Interessen mit denen Rußlands Hand in Hand gehen, und die Seeküste ihr nothwendig ist; während noch bei den letzten Erhebungen der Gedanke sich geltend machte, „Polen gehe bis an die grüne Brücke nach Königsberg." — Eine Freigebung Polens verwickelt uns in einen Krieg, denn wir würden Polen mit unserem Schwerte befreien müssen. Das sehen selbst Diejenigen von uns, die bei dieser Idee stehen bleiben, und predigen uns Russenhaß. Unsere größte Aufgabe sei, sagen sie, endlich mit diesem Volke anzubinden. Ich scheue nicht, mich unpopulär zu machen und spreche es aus: Diese wissen nicht, was sie thun. — Ein Volk ist niemals hassenswerth, auch die Russen nicht, die einen edlen Kern in sich tragen. Unser Haß richtet sich gegen das Regierungssystem, welches sie knechtet. Aber gerade durch unseren unberufenen allgemeinen Russenhaß geben wir diesem Systeme Waffen in die Hände. Das Nationalgefühl wird heraufbeschworen und fanatisirt. Man droht ferner mit Frankreich, mit Beschlagnahme des Rheins. Ich kenne auch die französischen Zustände und muß gestehen, daß die politischen Meinungen, die ein Redner (Vogt) vorgestern hier geltend zu machen suchte, veraltete sind. Es giebt gegenwärtig keine Rheingelüste! nnd gesetzt, drüben herrschte wirklich keine Friedenspolitik, so frage ich: verträgt es sich wohl mit der Würde unseres Volkes, solche Beweggründe der Furcht hier mitwirken zu sehen? Meine Herrn! Die Entscheidung wird hier und nicht an der Seine getroffen, hoffe ich.

Man werfe mir Egoismus vor! Ich sage: ohne Volksegoismus ist noch nie ein Volk groß geworden, und uns thut er wahrlich noth Es heißt ferner: man muß gerecht sein, es koste was es wolle! Das Volk muß sühnen, was die Despoten verbrochen. Betrachten wir uns diese Gerechtigkeit doch näher! Unser Recht an Posen ist das Recht der Eroberung, die Deutschen haben aber in dem Lande seit Jahrhunderten erobert auf eine Weise, die nicht rückgängig gemacht werden kann. Es ist mehr eine Eroberung des Pfluges als des Schwertes. Im Westen sind wir erobert worden — das scheint kein Unglück, im Osten — haben wir das Unglück gehabt zu erobern. Deutschen Poeten hat das zu bändereichen sentimentalen Poesien Gelegenheit gegeben. Ich spreche schlechterdings Jedem, der die Posener Verhältnisse nicht aus der Nähe kennt, das Recht ab, über dieselben abzuurtheilen; denn wer sie wahrhaft kennt, wird die Ueberzeugung haben, daß die deutsche Eroberung eine Naturnothwendigkeit war, und daß die Theilungen Polens eigentlich nichts weiter sind, als die Proklamationen des Todes dieses Reichs. Rousseau sagte einst: es wäre das größte Wunder, daß ein Staat, wie der polnische, noch existiren könnte! Dies Wunder nahm bald darauf ein Ende; und zwar warf sich bei dem Trauerspiel eine große polnische Partei den Russen in die Hände und für Preußen und Oesterreich wurde dadurch die Theilung eine Nothwendigkeit.

Meine Herren sie zischen schon, (zur Linken) ich habe aber den Muth hier noch zu sagen, daß die Schandthat der Theilung nicht ohne Nothwendigkeit vor sich ging. Es heißt sich gewaltsam verschließen gegen den Geist der Geschichte, wenn man dies nicht einsehen will; es heißt ihn nicht begreifen, wenn man leugnet, daß die absoluten Monarchien bei dieser Theilung die Aristokratie Polens brachen — und daß sie den Hütten zu Gute kam. Und meine Herren ich sage es frei heraus und fürchte kein Zischen: Preußen, gerade Preußen hat es wohl verstanden dem Volke hier zu dienen, Preußen hat den Bauern hier zum Menschen gemacht, ja es hat hier auf das Klarste bewiesen, daß seine Bestrebungen, daß seine daraus hervorgegangenen Institutionen, wesentlich demokratische sind. Preußen hatte zuerst die Kühnheit mit dem Feudalwesen gänzlich zu brechen. Seine demokratische Wehrverfassung, seine Städte-, seine Gemeindeordnung haben das Volk so reif zu einer allseitigen Demokratie gemacht, wie wir es kaum in irgend einem deutschen Staate finden. In diese Entwickelung hat Preußen die Polen mitgezogen, so weit es irgend möglich war. Die Polen sind gedrückt worden, aber meine Herren nur so wie alle übrigen Preußen. Es ist eine Unwahrheit, daß ihre Nationalität gewaltsam beeinträchtigt war!" Der Redner geht hier auf Einzelheiten namentlich auf die Beamtenverhältnisse ein, was ihm Gelegenheit giebt zu einer Schilderung des polnischen Charakters namentlich im Adel. Er beleuchtet sodann die hieraus im Staatsleben sich ergebenden Lücken und die Schäden — welche den politischen Untergang Polens veranlaßten. Er weist darauf hin, daß der polnische Adel nicht durch ein ernstes Streben wirkliche Grundlagen für ein neues Staatsleben) zu schaffen bemüht war, um die Wiedergeburt seines Vaterlandes zu bewirken, sondern durch Dekrete und diplomatische Unterhandlungen es versucht hat. „Meine Herren, ein Volk läßt sich nicht durch Dekrete herstellen, deshalb wälzte der Adel den Stein des Sisyphus. Preußen legte wirklich Hand ans Werk — und seine Werke in Posen reden. Preußen schuf einen Stand im polnischen Bauern. Posen ist in einem Menschenalter mehr geworden unter seiner Regierung, als früher in Jahrhunderten. Dabei ist freilich das Grundeigenthum zum großen Theil in deutsche Hände übergegangen durch Fleiß und Betriebsamkeit, und dieser Erwerb giebt den Polen Grund zu Schmähungen — der deutschen Habsucht. Die kosmopolitische Gerechtigkeit ist zum Theil von dem liebenswürdigen jungen Adel angeregt und stützt sich auch noch auf den Vorwurf, daß Preußen das polnische Volksthum unterdrückt habe. Preußen hat kein Volksthum unterdrückt, sondern eine gewalthaberische Aristokratie, diese Thätigkeit hat auch von Seiten der polnischen Bauern Anerkennung gefunden. Vom Adel und der Geistlichkeit allerdings nicht. Ich muß hier einen mißlichen Punkt berühren, in der Geschichte des letzten Aufstandes. Es ist als Mittel zu demselben, da bei den Bauern das Nationalitätsgefühl nicht anders aufgestachelt werden konnte, die Religion gemißbraucht worden, nicht den Fahnen, den Kruzifixen sind die Bauern gefolgt. Meine Herren! man hat mir zwar gesagt, die katholische Partei dieser Versammlung werde gegen die Sache stimmen, wenn dieser Punkt berührt werde, aber ich habe eine viel zu hohe Meinung von der katholischen Geistlichkeit hier, als daß ich glauben könnte, daß weil einzelne ihrer Standesgenossen gefehlt, sie gegen die gerechte Sache stimmen würde, wenn diese Fehler aufgedeckt werden." Der Redner erörtert nunmehr die religiöse Verwickelung und die Mißverständnisse, die durch die Verwechslung der Begriffe polnisch, katholisch und deutsch und protestantisch entstanden sind. Er verliest sodann die Proklamation, welche als von der deutschen römisch-katholischen Geistlichkeit ausgegangen in Posen verbreitet worden. Die Verlesung macht großen Eindruck. Endlich begegnet der Redner noch dem Einwurf, daß der Adel dem Bauern Freihit und Besitz zugesichert und mit ihm einverstanden gewesen. „Man hält uns hier den kommunistischen Catechismus von 1846 entgegen, die polnischen republikanischen Ideen. Ich glaube dagegen wird nicht nöthig sein erst Etwas zu sagen. (Von der Linken o ja! o ja!) Nun dann sag' ich Ihnen, daß es keine große Kunst ist französische Phrasen ins Polnische zu übersetzen. (Beifall.) Mit diesem Catechismus läßt sich die Erinnerung an die Jahrhunderte der Adelsherrschaft nicht verlöschen, und wenn die Leute es mit diesem Catechismus noch so ehrlich gemeint! Ich bin nicht gegen eine Wiederherstellung Polens — will aber ein Volk — und zu diesem liegen erst Keime vor, denen Preußen eine Wiege bereitet. Meine Herren! ich hätte nicht so lange gesprochen, wenn ich geglaubt hätte nur zu Ihnen zu sprechen, wir müssen von hier aus aber auch die Ansicht des Volks berichtigen und auf die öffentliche Meinung wirken; ich schließe mit einer Forderung meine Herren! »Freiheit für Alle aber des Vaterlandes Wohlsein und Kraft über Alles.«

Frankfurt, den 25. Juli, Nachmittags 3 Uhr. Ich fahre in meinen Mittheilungen fort. Auch in der zweiten Sitzung über die Posener Frage treten viele treffliche Redner auf, die das Interesse der Versammlung im höchsten Grade spannten. Es ist die 47ste Sitzung. Sie wird um 9 Uhr eröffnet.

Es wird ein neuer Antrag verlesen. Sodann hat Hr. Radowitz das Wort.

Meine Herren! Es handelt sich in der posener Frage nicht um die Trennung der katholischen Kirche. Die Beschwerden der Katholiken tragen nicht den eigentlichen confessionellen Charakter! Dieses Verhältniß zu regeln bleibt einer bevorstehenden Lösung vorbehalten. Ein katholisches Land wird nicht in Gefahr gebracht durch einen Anschluß an Deutschland, das gebe ich nie zu. (Bravo.) Ich wiederhole meine dringende Bitte, fragen wir in dieser nationalen und rechtlichen Frage nicht nach der Religion. Ich beschwöre Sie, nehmen Sie den Handschuh, der Ihnen in dieser Beziehung hingeworfen scheint, nicht auf. Die Frage fasse ich in der einfachsten Gestalt. Der Redner erläutert nunmehr das Verfahren der preußischen Regierung in der Reorganisationssache. „Es ist schwer zu begreifen, wie eine deutsche Regierung die Deutschen in Posen und das Interesse Deutschlands überhaupt in solchem Maße ignoriren konnte. Die deutsche Grenze sollte bloß gestellt werden. Eine Festung, deren Bau 10 Millionen gekostet mit einer meist deutschen Bevölkerung, sollte Preis gegeben werden. Man scheint kaum daran gedacht zu haben, daß man Westpreußen gefährde! Es folgte, was Allen bekannt ist, die posener Deutschen reagirten, die Regierung war genöthigt einzulenken. — Es trat die Abgrenzungsidee ins Leben. Die Nothwendigkeit gebot sie unabweisbar. Sie führte auch auf die Ausschußanträge. Der Ausschuß schlägt vor: 1) die Abgeordneten definitiv zuzulassen; 2) die Demarkationslinie vorläufig anzuerkennen; 3) die beiden Nationalitäten in beiden Theilen zu garantiren. Ich begreife nicht, wie Jemand einen Grund der Gerechtigkeit auffinden kann, diese Anträge zu verwerfen. Entweder muß die preußische Regierung die Reorganisations-Zusage zurücknehmen, oder es wird eine fremde Nationaiität über ½ Million Deutsche herrschen. Kein aufrichtiger Pole stellt in Abrede, daß er die Einverleibung eines Theiles von Posen nur deßhalb nicht will, weil er jene Provinz als den Kern eines künftigen

Polens in den alten Grenzen ansieht. Wer also nicht jetzt eine Abgrenzung und Sonderung in der Verfassung will, der überweist ½ Million Deutsche dem zukünftigen polnischen Reiche. Es wäre dies eine Theilung Deutschlands meine Herren! Im Westen und Osten sind uns durch politischen Stumpfsinn und elende Schwäche deutsche Striche seit Jahrhunderten entrissen, Gott bewahre uns vor Wiederholungen! Eine eventuelle Kriegsdrohung Frankreichs wird von einer Seite urgirt, die sonst doch gen Osten hin mit zu den Kriegslustigen gehört; aber Frankreich kann weder aus Verträgen, noch sonst wie ein Recht ableiten sich in unsere Angelegenheiten zu mischen. Wir würden eine solche Zumuthung mit Entrüstung zurückzuweisen wissen. Wir kämpften einen schweren Kampf um Schleswig. Ich denke nicht blos um eine kleine Reichserweiterung, sondern um der höchsten Interessen unsres Veterlandes willen, und in diesem Augenblicke sollten wir in Posen ½ Million Deutsche fortstoßen? Es ist hier viel mit Gründen gegen die Aufnahme gesprochen worden. Das es hier geschieht, lobe ich und tadle ich nicht. Aber tief bedauern würde ich die Errichtung eines Denkmals für unsre besonnene Gerechtigkeit, wenn Deutsche das blutige Opfer würden! Ich frage, giebt uns Polens Aufrichtigkeit im Osten wirklich eine Bürgschaft für unsere Grenze? Sollen wir ihre Bewachung Fremden überlassen, oder sie in eigene Obhut nehmen? und wenn zu einer solchen Obhut der es bedarf, die Deutschen in Posen bereit sind, sollten wir unsre deutschen Brüder von uns weisen? Nein! meine Herren, nimmermehr! (Beifall.)

Hierauf spricht Schuselka dagegen. Er möchte sein Herzblut für Polen so gern wie für Deutschland hingeben. Die Posensche Frage muß auch vom Standpunkte des Herzens behandelt werden. Der kalte Verstand reicht in der Sache nicht aus. Das polnische Volk ist nicht sittlich hoffnungslos, ein widerlicher Zug aber ist es, im Charakter des Menschen, den Unglücklichen noch zu schmähen. Polen ist das unglücklichste Volk, welches die Geschichte gekannt hat. Es ist wahr: jeder Mensch, jedes Volk ist an seinem Unglücke mehr oder weniger schuld — deshalb dürfen wir aber gerade die Polen nicht schmähen, sondern sollten auf unsere schuldvolle Geschichte schauen — um nachsichtig zu sein lernen. Polrn war ein treffliches Reich. Es hat uns gerettet." Der Redner weist mit großer Ausführlichkeit auf Johann Sobieski's That und Polens derzeitige Verhältnisse hin. Er polemisirt gegen Jordan. „Polen sank durch dieselben Mängel, wie sie auch Deutschland erniedrigten. Deutschland reichte ihm aber nicht die Hand, wie Polen es einst that, es ließ sich hinreißen zur Theilung. Es ist ein anmaßendes Urtheil, wenn ein Einzelner von einem Volke sagt, daß es unfähig sei zu existiren. Sprechen Sie das Urtheil nicht nach, meine Herren, daß Polen ein unfähig Volk sei. Es war nicht überall die Sympathie für das Volk ein bloßer Rausch. Die Sympathie ist auch nur ruhiger geworden, aber nicht geschwunden. Herr Stenzel hat ihnen eine Hypothese vorgetragen, von einem Namensunterschied zwischen Adel und Bauer, welche offiziell benutzt wurde, und zwar zum ersten Male in der Staats-Kanzlei von Metternich zu Wien um die Galizischen Zustände zu rechtfertigen Ich leide das aristokratische Wesen auch nicht beim Adel, aber den Adel ausrotten (??) zu wollen, so weit geht mein Haß nicht. Ich weiß, es ist ein Unterschied zwischen dem Bauern und Edelmann, aber in Deutschland ist der Fall auch in verschiedenen Gegenden vorhanden, und hindert die Entwickelung nicht. Allerdings ist in Deutschland viel früher für die Bauern gesorgt und ihr Zustand besser geworden, aber in Frankreich noch früher wie in Deutschland. Dies ist kein Vorwurf. Schauen wir doch aber selbst jetzt noch einmal auf die schlesischen Weber. Diese und ihre Fabrikherren sind wohl auch stammverschieden? Herr Jordan hat sich auf einen hohen weltgeschichtlichen Standpunkt gestellt. Von dieser Höhe aus haben aber alle Historiker den Fluch über die Theilung Polens längst ausgesprochen. Jetzt behaupten zu wollen, diese Theilung sei im Interesse der Humanität geschehen, das ist eine Floskel. Freilich vou einem so hohen Standpunkt, wo das polnische Volk ganz verschwindet, läßt sie sich hören! Soll die National-Versammlung dieses Urtheil bestätigen? Man weist auf den Polenhaß hin. Die Polen haben aber das Recht uns zu hassen. Wir haben diesen Haß genährt durch unsere Unterdrückung. Und hat unser Haß gegen Frankreich uns nicht auch zum Meuchelmord geführt. (!!??) Bringen wir die Polen nicht zur Verzweiflung! Endlich gönne ich Herrn Jordan seine russische Volkssympathie und theile sie nicht. Ist Polen ferner tod, so haben wir die Pflicht es zu erwecken. Es ist aber nicht tod und hat seine Rechte in den Verträgen von Wien erhalten. Wir freuen uns über die Zerreißung dieser Verträge insoweit sie ungerecht sind, halten sie aber sonst fest." Es deducirt der Redner nun die Rechte der Polen auf Posen uns dem Besitznahme-Patent von 1815. „Die Polen hatten das Recht, dieses Patent nur in ihrem Sinne zu verstehen. Es gab auch im diplomatischen Sinne ein preußisches, russisches, österreichisches Polen bis zum Aufstand 1831. In Folge dieses Aufstandes wurde das Patent erst mit seinen Gerechtsamen für nichtig erklärt. Von daher schreibt sich der Polenhaß. In der jetzigen Zeit sprach das Vorparlament das Versprechen aus, welches der Fünfziger-Ausschuß gehalten hat. Die Erinnerung an das Vorparlament ist freilich jetzt mißliebig, aber wenn es nicht die National-Versammlung decretirt hätte, so säßen wir vielleicht nicht hier. Der Sieg des Volkes in Berlin wollte etwas Geniales und gab das Versprechen Posen, nicht ein Theil desselben solle national-polnisch werden. Die Polen verstanden es so und hatten Recht. Unbegreiflich ist dies Versprechen. In Berlin wußte man von dem deutschen Element nichts, so schien es und wollte es nicht schützen und jetzt sollen wir die Theilung und ihre Verantwortung im Angesichte der Geschichte übernehmen. Es liegt aber keine Nothwendigkeit der Theilung vor. Im Gegentheil liegt der dringendste Grund vor gegen die Theilung. Der Redner hebt die materiellen Interessen Posens besonders hervor.

„Der Abgeordnete von Krotoschin der so menschlich und schonend sprach war allerdings dafür. Der Abgeordnete von Leipzig that dies gleichfalls. Doch muß ich dagegen sein. Wir kommen mit unseren früheren Beschlüssen in Widerspruch. Wir haben in Schleswig, in Böhmen, in Italien gegen die Theilung gesprochen. Wir stellten nns auf den Territorialstandpunkt, mit Recht. Auf diesem Standpunkt stehen aber auch die Polen. Die äußeren Verhältnisse zu Rußland und Frankreich sind auch gegen eine Theilung. Ich betrachte hier nur die Politik der Interessen." Der Redner geht hierbei aufs Einzelne ein und kommt dabei auf die Furcht der Franzosen vor unserem erwachenden Kaiserreich und der Idee der Weltherrschaft. Rußland kann für das Aufnehmen des slavischen Polen dasselbe Recht anführen, wie wir für das Einverleiben des deutschen Posens, das Berliner Kabinet möge sich das überlegen. Ich begreife ferner den zarten Ton nicht, den wir neulich hier gegen Rußland beobachteten, während man faktisch in Posen nicht zart gegen Rußland zu verfahren im Sinne hat. Es herrscht in Deutschland das Mißtrauen, man wolle Krieg um Posen, fragen und forschen Sie im Volk. Die Demarkation ist nicht ausführbar, man wird zu dem Punkt kommen dies einzusehen und das Weitere aufschieben." Der Redner stellt hierauf den Antrag: die National-Versammlung möge erklären, sie könne die einseitige Theilung nicht billigen, und verlange, Preußen möge diese Provinz ungetheilt mit Gerechtigkeit verwalten und die Auseinandersetzung aussetzen bis mit dem polnischen Volke verhandelt werden kann. „Wenn ich Posener Deputirter wäre, schließt der Redner, so würde ich verzichten auf die Theilung, um Deutschland nicht in einen Krieg zu verwickeln. Darum beschwöre ich Sie im Namen des deutschen Friedens, den Ausschußantrag nicht anzunehmen. (Beifall.)

Wartensleben spricht mit Begeisterung für die Deutschen in Posen, beleuchtet die Vorgönge in Berlin auf eine richtige Weise (Mißfallen der Linken) und stimmt für den Ausschußantrag.

Janiszewski. Es sind Anschuldigungen von dieser Tribüne gegen die Polen geschleudert worden aus allen Jahrhunderten gesammelt, von allen Völkern entlehnt, um nur diese Nation herabzuziehen, ich gehe darüber hinweg. Ich habe eine höhere Pflicht von meinen Mandanten auferlegt erhalten! Ich danke den Mitgliedern die mit wahrer Humanität in dieser Sache das Wort ergriffen haben. Ueber die Verhöhnung des Unglücks in der Weise wie hier geschehen, giebt es nur eine Stimme; diese Verhöhnung ist uns selbst von den Russen nicht angethan worden. In Posen war kein Kampf des Polenthums und Germanenthums. Ich könnte beweisen wer diesen Kampf mit den Haaren herbeigezogen. (Stimmen: thun Sie es!!) Es war nicht nur nicht kein Aufstand gegen die Deutschen, sondern nicht einmal ein Aufstand gegen die preußische Regierung, ich will nicht angeben wer die Schuld trug. (Wiederum Unterbrechung: ja! ja!) Selbst die höchsten preußischen Behörden haben eine Kommission zu Ermittelung der Schuld niedergesetzt. Jedenfalls oder wenigstens ist es zweifelhaft, wer den Ausbruch veranlaßte, und wenn die Behörden uns nicht beschuldigen und unsere Vertreter ohne Beschuldigung des Hochverraths im Berliner Reichstag sitzen, so sollte man doch abwarten wie die Untersuchung ausfällt Man hat ihnen Gräuel vor die Seele gerufen, auch ich könnte ihnen eine Bildergallerie von entgegengesetzter Seite vorführen, ich will diese Waffen nicht gebrauchen, ich habe andere Waffen als Recriminationen, mit denen ich mein Recht geltend machen werde. Das Land soll erobert sein durch deutschen Fleiß und Arbeit. Ich kenne schlechte deutsche und schlechte polnische Wirthschaften. Von den polnischen Gütern übertreffen viele z. B. die Chlapowskischen, Mielzynskischen rc. Güter, die deutsche Bewirthschaftung. Es giebt aber auch für die Polen Hindernisse in dieser Beziehung. Ich bitte mir zu gestatten ein Dokument vorzulesen, wie man polnischen Fleiß gefördert hat. Der Abgeordnete verliest nun: Die Kabinetsorder von 1833. 13. März über Subhastationen polnischer Güter. Es ist also mehr als deutscher Fleiß, der die polnische Entwickelung hierin hinderte, ich will das übergehen! Ich übergehe ferner die Kritik der polnischen Geschichte sowohl im Berichte des Ausschusses, als die hier von der Tribüne gehörte, ich finde aber einen Mangel an Princip in diesem Bericht. Die Frage ist klar: sollen die Posener Deputirten definitiv eintreten oder nicht, sie hängt davon ab, ob das Großherzogthum Posen ein Bundesgebiet ist ober nicht. Eine Trennung der Frage ist unmöglich. Der Redner geht nun zu den Wiener Traktaten über und benutzt sie zum Beweise, daß die Einverleibung niemals beabsichtigt und der Plan erst später aufgetaucht sei. Darauf folgt eine Darstellung der Reorganisations-Maßregeln, der Machinationen (!) dagegen von Seiten der Deutschen, und das Beitreiben (!) der Petitionen! Der Redner frägt, ob die Anträge gesetzlich, ob die Polizeibeamten Organe des Volkes seien? Warum übereilte man sich denn so — bei der sonstigen Besonnenheit der Deutschen? Die Petitionen benutzte man, die Protestationen dagegen gingen zu den Akten. Meine Wähler wollten erst protestiren gegen die Frankfurter Wahl, als sie sahen, daß dies nichts half, so wählten sie und sie haben mich hierhergeschickt, damit ich vor dem Angesicht des deutschen Volkes die Wahrheit enthülle, sie haben mich hierhergeschickt um zu sagen, daß sie nicht Deutsche seien und nie deutsch werden würden, sie haben mich hergeschickt um aufs feierlichste zu protestiren und ihre Trennung vom Vaterlande als eine Gewaltthat zu bezeichnen, gegen die sie ewig protestiren würden Ich habe mit mir selbst einen schweren Kampf gehabt und habe endlich die Wahl angenommen, im Vertrauen auf die Gewissenhaftigkeit des deutschen Volkes. Ich habe sie angenommen, in der Hoffnung, daß ein freies starkes Volk ein anderes schwaches nicht werde fesseln wollen, dem der Grund und Boden unter den Füßen geraubt wird. Hier geht der Redner zu den statistischen Verhältnissen über und beweist, daß im abgegrenzten Theile 200,000 Polen mehr sind.

Soll also der Volkswille vor dieser Versammlung hier entscheiden, so ist eine Entscheidung jetzt unmöglich, da der wichtigste Moment nicht feststeht. Dies zeigt hinreichend, daß das preußische Gouvernement selbst nicht zum Antrag der Einverleibung und der Bundestag nicht zur Aufnahme berechtigt war. — Die Folgen für die Deputirten ergeben sich von selbst. Auf dem Standpunkt des Völkerrechts erscheint eine Grenzlinie unmöglich, denn man kann darüber nur mit selbstständigen Völkern unterhandeln. Es existiren aber für jetzt die Polen nicht als selbstständige Nation. Man begeht also eine Gewaltthat, eine um so empfindlichere, als sie in einer Zeit geschieht wo die Völker zur Freiheit erwacht sind. Man nimmt den Polen das Gebiet, woran ihre Urgeschichte geknüpft ist. Eine solche Grenzlinie ist doch nicht vom Prinzip der Gerechtigkeit gezogen. Die Fürsten in Wien haben das Land getheilt, aber das nationale Ganze der Nation bestehen lassen. Es lebten die Polen immer noch — als Polen, nur ohne polnischen Staat. Von diesem Standpunkt konnte Preußen einen Theil Posens dem Bundestag nicht anbieten, dieser durfte ihn nicht annehmen. Die Fürsten, welche Polen theilten begingen nur ein Unrecht, welches sich mit dem der Einverleibung gar nicht messen kann. Sie haben die Polen anerkannt und es hieß immer ein preußisch, ein österreichisch, ein russisch Polen, also immer doch — ein Polen. Ich beschwöre Sie im Namen Ihrer eigenen Freiheit und der Gerechtigkeit, ohne welche jene nicht besteht, lassen Sie dies Prinzip gegen Polen walten. (Beifall.) Ich habe noch einen Punkt anzudeuten, den Schutz der Deutschen in Posen. Der Grundsatz scheint wahr, seine Anwendung ist aber falsch. Es giebt Tausende von Deutschen die zu ihrem Schutze gar keine Einverleibung wollen, andere die nicht in der Provinz bleiben. Ist der Schutz unter den gegenwärtigen Verhältnissen nothwendig? Ist die deutsche Nationalität gefährdet? nein! Man hat ja nie an eine Tren-

nung von Preußen gedacht! Urtheilen Sie ferner nach den polnischen Petitionen, ob die Polen an eine Polonisirung gedacht haben? Nein und abermals nein!“ Der Redner führt diesen Punkt ausführlich durch; — und bespricht die Reorganisations-Commission in der Weise, daß er nachweist, daß dieselbe vorwiegend deutsch gewesen. — Die Besorgniß der Deutschen wegen Polonisirung wird als die grundloseste dargestellt, die Nationalität der Deutschen wird dann als süße Gewohnheit des Herrschens bezeichnet, letzte sei allerdings auf besorgnißerregende Weise gefährdet worden. Uebrigens hat Deutschland noch eine andere Art des Schutzes, wie ja die Deutschen in Frankreich, England, Amerika ꝛc. beweisen. Die Deutschen in Posen haben Jahrhunderte lang unter Polen gelebt und ihre Nationalität ist nicht gekränkt worden. Muß es sich jetzt nicht klar zeigen, daß es sich um Etwas andres handelt als um Schutz der Volksthümlichkeit. Sie können meine Herren! einen Schutz üben ohne Theilung! Ich habe dargethan, daß eine Theilung Poseus von allen Standpunkten aus eine Ungerechtigkeit ist. Abgesehen aber davon ist ein unbefangenes Urtheil über das Thatsächliche unmöglich. Ueber die concreten Wahlen führe ich nur einen Grund der Ungültigkeit an, nämlich das Martialgesetz in der Provinz. „Es folgt hierauf die Ausführung, wobei besonders hervorgehoben wird, daß die Polen zu der Zeit vogelfrei waren.“ Ich will keine Sympathien für Polen in Anspruch nehmen, ich könnte es zwar wagen aus den erhabensten Gründen. Ich komme aber nicht als Bettler sondern mit meinem guten Recht. Sollte dieses mir abgeschnitten werden so muß ich sagen, daß kein Volk eine so bittere Täuschung wie wir erlitten hatte. Es handelt sich nicht den Polen etwas zu geben und zu gewähren, sondern darum, daß man ihnen nichts nehme. (Bravo.) Und was gewinnt Deutschland durch eine Einverleibung von 5—600,000 Polen. Die erbittertsten Feinde! Oder wollen sie sagen das ist eine rebellische Nation, das sind Rebellen? schauen Sie zu, sie werden finden, daß die Polen dem heiligsten Gefühle bei ihrer Bewegung folgten. Man hat die Polen verschluckt, meine Herren! verdauen wird man sie bei Gott nicht! Die größten Mächte haben sich an dieser Sisyphusarbeit abgemüht! Die bittern Früchte aufgedrungener Wohlthaten haben uns zum Ueberdruß gesättigt. Wir haben Menschenwürde und Volksthum dabei eingebüßt. Wir hassen solche Wohlthaten. Ich schließe meine Herren! Sie sollen richten zwischen Polen und Deutschen und sind selbst Deutsche! Doch verzweifle ich nicht, ich verzweifle nicht — weil ein Mann aus ihrer Mitte gesagt hat: wenn dem Deutschen alle Tugenden abgehen sollten, so bleibe ihm die der Rechtlichkeit! an diese alleiu appellire ich.

(Ungeheurer Beifall.) Die Rede dauerte 2 Stunden.

Kerst aus Meseritz. Leidenschaften sind entfesselt, die Posener Frage ist Parteisache geworden; ich bitte die hohe Versammlung — auch nur um Gerechtigkeit, aber für Deutsche und Polen. — Ich bitte um ein aufmerksames Ohr, denn es ist möglich, daß ich zum letzten Mal von dieser Tribüne meine Stimme erheben darf.“ Der Redner betrachtet die Frage sodann durchaus vom staatsrechtlichen Standpunkt, widerlegt Janiszewski kräftig und schließt mit den Worten: Unsere Sache liegt so, daß es sich darum handelt, ob sie uns von Deutschland trennen wollen oder nicht. Thun sie es, so werden wir wissen das zu thun, was Pflicht und Gewissen und die Ehre des deutschen Namens von uns fordern. (Beifall.)

Clemens spricht weitläuftig über die Posener Beamtenverhältnisse und hebt namentlich die Unterdrückung des Katholizismus hervor. (Sturm in der Versammlung.) Am Schlusse übergiebt er einen eigenen Antrag.

Ostendorf. Hier in der Paulskirche dürfen wir nicht wie der vorige Redner schloß den Deutschen nur wenig vergeben — sondern meiner Meinung und ich hoffe der Meinung der Majorität nach — gar nichts. Er spricht mit Wärme für die deutsche Sache.

Schmidt aus Schlesien spricht gegen den Kommissionsbericht vom thatsächlichen Standpunkte aus. Findet, daß nicht 20 in der Versammlung einen klaren Blick in die Verhältnisse haben. Er sebst gestehe offen ein, daß er sich kein klares Urtheil zutraue, obgleich er selbst vor wenigen Jahren auf die Dauer sich im Posenschen aufgehalten. — Nach einem detaillirten Eingehen in den Bericht und einer Kritik desselben, beantragt er am Schlusse seiner einstündigen Rede, nachdem er noch die Flottwellsche Denkschrift von 1840 beleuchtet (unter Bravo der Linken), wobei er die Bemerkung machte, daß deutschen Pfluge „ein systematisch gebrochenes Königswort“ vorangegangen sei, eine gesetzmäßige Regelung der posenschen Verhältnisse durch die National-Versammlung. (Beifall zur Linken.)

Lichnowski besteigt hierauf die Rednerbühne und regt die bereits abgespannte Versammlung durch einen kurzen geistvollen Vortrag von Neuem an. Wegen Kürze der Zeit muß ich meinen Bericht für heute schließen. Dr. R. H.
